

Gewerker

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Ersteht jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 8-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.
Redaktionslokal
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Mitteilungen an die Schriftleitung.

Nr. 21.

Berlin, den 25. August 1907.

11. Jahrg.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1906.

Die Zahl der örtlichen Gewerkschaftskartelle ist im Jahre 1906 wieder um ein Beträchtliches gestiegen. Zu den Ende 1905 bestehenden Gewerkschaftskartellen sind 73 neu gegründete hinzugekommen, so daß Ende des Jahres 1906 in 553 Orten Gewerkschaftskartelle vorhanden waren. Die Gründung von Kartellen erfolgte im letzten Jahre ausschließlich in kleineren Orten, und zum Teil in solchen Orten, in denen früher schon einmal ein Zusammenschluß der Gewerkschaften stattgefunden hatte, der aber wegen Interesslosigkeit, teils auch infolge Mangelregelung wieder in die Brüche gegangen war.

Die Statistik umfaßt auch für 1906 nicht sämtliche Kartelle, erstreckt sich vielmehr nur auf 526 gleich 95,1 pCt. der bestehenden Kartelle. Es fehlen in derselben 27 Kartelle, was besonders deshalb zu bedauern ist, als unter den fehlenden Kartellen sich verschiedene größere befinden, deren Bestehen in der Statistik geeignet ist, das Gesamtbild, wenn auch nur in geringem Maße, ungenau zu beeinflussen.

Den 526 an der Statistik beteiligten Gewerkschaftskartellen sind insgesamt 7390 gewerkschaftliche Organisationen mit zusammen 1 500 202 Mitgliedern

angeschlossen. Davon sind Zahlstellen bei an die Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände 7329 mit 1 494 536 Mitgliedern, 35 Lokalverbände mit 4245 Mitgliedern und 26 Zweigvereine anderer, der Generalkommission nicht angeschlossener Organisationen mit zusammen 1421 Mitgliedern. Die Zahl der Mitglieder der Zentralverbände betrug am Schlusse des Jahres 1 799 293. Es sind demnach 83,1 pCt. dieser Gewerkschaftsmitglieder in den Kartellen vereinigt. 1905 waren von 1 162 331 Gewerkschaftsmitgliedern 81,3 pCt. den Gewerkschaftskartellen angeschlossen. Von den 35 Lokalvereinen, welche den Gewerkschaftskartellen angeschlossen sind, befinden sich allein 16 mit 2815 Mitgliedern in Solingen. Die übrigen 19 Vereine verteilen sich auf weitere 12 Orte. Zwei dieser Lokalvereine — einer in Berlin und einer in Köln — sind solche, für deren Verzicht eine Zentralorganisation nicht besteht.

Seit dem Jahre 1901 sind in mehr als 200 Orten Kartelle gegründet worden, und die Zahl der den Kartellen angeschlossenen Gewerkschaften hat sich seitdem nahezu verdoppelt. Die Zahl der in den Kartellen vereinigten Gewerkschaftsmitglieder hat sich aber in demselben Zeitraum mehr als verdreifacht. Daß die Kartelle sich immer mehr zu Interessengruppen der Zentralverbände entwickeln, haben wir dies öfters nachgewiesen, und die diesjährige Statistik beweist dies aufs neue.

Es unterhalten 300 der an der Statistik beteiligten Kartelle eine gemeinsame Bibliothek und 47 Kartelle unterhalten außerdem auch ein Lesezimmer. Für das Jahr 1905 bezeichnete die Statistik 252 gemeinsame Bibliotheken und 39 Lesezimmer. Es ist erfreulich, daß die Kartelle eine ihrer Aufgaben mehr und mehr in der Verbreitung des Bildungsbedürfnisses der Arbeiter erkennen und dieser Erkenntnis auch dadurch Ausdruck verliehen, daß sie neben den eigenen Unternehmungen, wie Bibliotheken, Veranstaltungen wissenschaftlicher Vorträge usw. auch die von bürgerlicher Seite veranstalteten, der Volksbildung und Unterhaltung gewidmeten Unternehmungen unterstützen, soweit diese letzteren den Prinzipien der Klassenbewußten Arbeiterbewegung nicht zuwiderlaufen. Diese Betätigung ist umso mehr zu begrüßen, als gerade auf diesem Gebiete die einzelnen Organisationen, insbesondere in kleineren Städten, wegen der geringen Mitgliederzahl nur Unbedeutendes und zum Teil überhaupt nichts zu leisten vermögen, während durch die Zusammenfassung der Kräfte, wie dies in den Gewerkschaftskartellen der Fall ist, sich auch in kleineren Orten recht ansehnliche Erfolge erzielen lassen.

Die Zahl der von den Kartellen unterhaltenen Arbeitersekretariate ist von 31 im Jahre 1904 und 56 im Jahre 1905 auf 67 im Jahre 1906 gestiegen. Ausnahmestellen wurden im Jahre 1906 von den Kartellen 116 unterhalten, so daß insgesamt 183 Kartelle Einrichtungen für Auszubildende und Rechtsbeistände getroffen haben. In welcher Weise die von den Kartellen zu erledigenden Arbeiten an Umfang zugenommen haben, geht daraus hervor, daß 14 Kartelle gegen 6 in 1905 und 5 in 1904 ein eigenes Bureau mit besoldeten Beamten unterhalten. Die Gesamtzahl der von den Kartellen angestellten, in den Arbeitersekretariaten und Gewerkschaftsbureaus tätigen Beamten betrug 1904 48, 1905 84 und 1906 110.

Gewerkschafts- oder Volkshäuser, die von den Kartellen selbständig oder mit deren Hilfe und Unterstützung erhalten werden, sind in folgenden Städten vorhanden: Berlin, Braunshweig, Breslau, Caffel, Celle, Charlottenburg, Köln a. Rh., Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Feuerbach, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Hamburg, Hanau, Heidelberg, Kattowitz, Kiel, Leipzig, Liegnitz, Mannheim, Mühlhausen i. Th., Mühlheim a. Rh., Offenbach a. M., Plauen i. V., Pöfned, Solingen, Straßburg, Suhl, Stuttgart, Trier, Wernigerode, Wilhelmshaven, Worms und Zittau. Es sind dies 36 Städte, welche über ein eigenes Heim verfügen. 1905 konnten nur 26 Kartelle über die Errichtung eines solchen Unternehmens berichten. Es handelt sich hierbei durchweg um gewerkschaftliche und gewerkschaftliche Unternehmungen mit besonderer Verwaltung, über deren Einrichtungen und Rentabilität die Jahres- und Klassenberichte der Verwaltungen Aufschluß geben. Mit den Gewerkschafts- und Volkshäusern sind häufig auch Versammlungsräume verbunden, infolge der Saalabtreiberi seitens gewerkschaftlicher Organisationen sowie der Beeinflussung der Saalbesitzer seitens des Reichsverbandes, der Post- und Militärbehörden sind die Gewerkschaftskartelle sehr vieler Orte genötigt, besondere Aufwendungen für Versammlungsräume zu machen. Für 1906 berichteten 107 Kartelle, einschließlich derjenigen mit Gewerkschaftshäusern, über die Unterhaltung von Versammlungsräumen.

Zentralverbänden werden von 36 Kartellen unterhalten und eine unter Kontrolle des Gewerkschaftskartells oder einer vom Kartell gewählten Selbstverwaltung stehende Herberge beim Gastwirt ist in 236 Kartellorten vorhanden.

Bezüglich der von den Kartellen unterhaltenen Agitations- und Beschwerdekommissionen liegen für die letzten drei Jahre folgende Angaben vor. Von den Kartellen wurden unterhalten:

Jahr	Wichtigst ist von		Zahl der		Lokalvereine sind		Einnahme ohne Streiksammlung M.	Ausgabe ohne Streikunterstützung M.	Streikunterstützung		
	Kartellen	Prozent aller Kartelle	Mitglieder	nicht angeschlossene Gewerkschaften	in Kartellen	insgesamt			aus der Kartellstelle M.	aus Sammlungen M.	
1901	319	90,0	3976	481718	328	28	10572	294189	208349	27346	214104
1902	365	93,0	4742	614722	339	38	12508	272304	285468	14023	60789
1903	887	93,5	5207	758723	312	30	9241	435466	305218	60870	717525
1904	405	93,5	5559	924026	348	25	8824	395712	393601	48978	268322
1905	466	96,9	6495	1180910	363	18	16870	512394	499671	34077	578715
1906	526	95,1	7390	1500202	400	18	4245	672545	559981	27919	267545

Die Zahl der den Kartellen angeschlossenen Organisationen hat im Jahre 1905 um 16,8 pCt. und im Jahre 1906 nur um 13,8 pCt. zugenommen, obgleich 1906 mehr Kartelle ins Leben gerufen worden sind, als im Jahre 1905. Ein Beweis, daß nur in kleineren Orten mit wenig Organisationen Kartelle gegründet wurden.

Die Wahrnehmung, die wir im vorigen Jahre hinsichtlich des Fortschritts der Gewerkschaftsbewegung gemacht haben, finden wir auch in diesem Jahre wieder durch die Statistik bestätigt. Nämlich die Tatsache, daß der Mitgliederzuwachs in den letzten beiden Jahren in den Mittelstädten größer war als in den Großstädten.

Am Schlusse des Jahres 1905 waren in den Gewerkschaftskartellen 1 180 940 Mitglieder vereinigt, und am Schlusse des Jahres 1906 betrug die Gesamtzahl der in den Kartellen vereinigten Mitglieder 1 500 202. Die Zunahme beträgt somit 319 262 oder 27 pCt. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder ist nach der Statistik über die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften von 1 429 303 am Schlusse des Jahres 1905 auf 1 799 293 am Schlusse des Jahres 1906 gestiegen. Hiernach beträgt die Zunahme 25,9 pCt. Von der Gesamtzahl der in Kartellen vereinigten Gewerkschaftsmitglieder befinden sich 919 869 gleich 61,3 pCt. in den 41 Großstädten, gegenüber 59 pCt. im Jahre 1905. Ist also der Prozentsatz der in Großstädten vorhandenen Gewerkschaftsmitglieder gegen das Vorjahr gestiegen, so zeigt folgende Gegenüberstellung der Zahlen doch, daß im allgemeinen der Wachstum der Gewerkschaften größer ist als speziell in den Großstädten.

Jahr	Mitglieder im letzten Jahre	Zunahme im Vergleich mit dem Vorjahr	Prozent der Zunahme	Mitglieder in den 41 Großstädten	Zunahme im Vergleich mit dem Vorjahr	Prozent der Zunahme
1905	1 180 940	—	—	595 862	—	—
1906	1 429 303	318 363	28,0	743 634	147 772	25,0
1906	1 799 293	369 990	25,9	919 869	176 235	23,7

Die Zahl der den Kartellen nicht angeschlossenen Zweigvereine der Zentralverbände ist immer noch ziemlich groß. Insgesamt leben in 215 Orten 400 Zweigvereine den örtlichen Kartellen fern.

Den Gewerkschaftskartellen nicht angeschlossene waren:

Jahr	1901	1902	1903	1904	1905	1906
in Orten	32	31	31	31	31	31
in Mitgliedern	75	51	26	15	1	1
in Gewerkschaften	1	1	1	1	1	1
in Mitgliedern	90	50	28	14	5	2
in Gewerkschaften	104	89	10	4	5	2
in Mitgliedern	1	1	1	1	1	1
in Gewerkschaften	91	52	11	4	5	2
in Mitgliedern	100	43	13	4	5	2
in Gewerkschaften	109	28	13	4	5	2
in Mitgliedern	100	58	2	1	1	1
in Gewerkschaften	109	58	2	1	1	1
in Mitgliedern	100	58	2	1	1	1
in Gewerkschaften	109	58	2	1	1	1

Nächst dem Verbands- und Buchdrucker stellen die Organisationen des Baugewerbes, Maurer, Zimmerer, Maler, Dachdecker, Baubehelfer, ferner die der Tischler, Metallarbeiter und Schneider die größte Zahl der den Kartellen fernstehenden Zweigvereine. Von 7678 in den Kartellorten bestehenden Organisationen gehören 7278 gleich 94,8 pCt. den Gewerkschaftskartellen an. In dieser Hinsicht ist seit 1903 kaum eine Verringerung eingetreten, denn es waren während der vier Jahre stets etwas mehr als 5 pCt. der in Kartellorten bestehenden Organisationen den Kartellen nicht angeschlossen.

Einrichtungen und Tätigkeit der Kartelle.

Neben der Agitations- und Organisationsfähigkeit der Kartelle verwenden diese ihre Aufmerksamkeit besonders auch auf die Bildungsbestrebungen der Arbeiter, sowie auf das Gebiet des Rechtschutzes und der Auszubildenden.

	im Jahre	1904	1905	1906
Beschwerdekommission für Gew.-Zusp.-Sachen		134	149	122
Kommission bezüglich Kost- und Logiewesen		—	129	103
Bauarbeiterkommission		151	195	197
Arbeiterinnen-Agitationskommiss.		12	21	21
Weibl. Vertrauensperson		29	41	39

Diese Zahlen machen nicht den Eindruck besonderer Zuverlässigkeit, denn es ist nicht wahrscheinlich, daß solche Einrichtungen, deren Wirken erst nach längerer Zeitdauer fruchtbringend sein kann, nach Jahresfrist wieder aufgehoben werden.

Wenn die 21 Arbeiterinnen-Agitationskommissionen für 1905 und 1906 in denselben Orten vorhanden wären, so dürfte man die Angabe als richtig betrachten. Da aber 15 der Kartelle, die 1905 eine solche Kommission bezeichneten, 1906 diese Frage verneinen, während 15 andere Orte über die Existenz solcher Kommissionen berichten, so erscheinen diese Angaben unzutreffend.

Staatliche Erhebungen wurden von den Kartellen im Jahre 1906 weniger veranstaltet als 1905. Die Gesamtzahl der Erhebungen betrug im letzten Jahre 101 und im Jahre vorher 134. Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse veranstalteten 1906 14 Kartelle, Arbeitslosenabzählungen nahmen 7 Kartelle vor und von 80 Kartellen wurden Erhebungen verschiedener Art veranstaltet.

Versammlungen wurden insgesamt 3804 im Jahre 1906 einberufen, davon 2263 allgemeine und 1541 berufliche.

Die größte Zahl der Versammlungen verzeichnet Straßburg i. E., nämlich der allgemeine und 180 berufliche, Frankfurt a. M. verzeichnet 63 allgemeine und 44 berufliche Versammlungen. 75 Kartelle haben keine Versammlungen einberufen. In verschiedenen der in Betracht kommenden Orte mag wohl Mangel an Mitteln die Ursache gewesen sein, daß keine Versammlungen abgehalten werden konnten.

Die Finanzgebarung der Kartelle.

Die Einnahmen der Kartelle bestehen in erster Linie aus den festen Jahresbeiträgen, die mit geringen Ausnahmen alle Kartelle erheben, sowie aus den Ueberschüssen der verschiedenartigen Unternehmungen. Von den 526 berichtenden Kartellen erheben 520 einen bestimmten Jahresbeitrag, der bei drei Kartellen noch nicht 10 Pf. pro Jahr beträgt und bis zu 3 Mk., bei zwei Kartellen, steigt. Um den an die Kartelle gestellten finanziellen Anforderungen genügen zu können, waren sie von Jahr zu Jahr genötigt, die Beiträge zu erhöhen, und ganz besonders sind diese in den letzten beiden Jahren gestiegen.

Während 1902 der höchste Jahresbeitrag 1,20 Mark betrug, stieg derselbe im Jahre 1905 auf 2,60 Mark, um 1906 die Höhe von 3 Mk. zu erreichen.

Mehr als 1,20 Jahresbeitrag erheben 37 Kartelle, und zwar Bernburg und Straubing je 3 Mk., Kronach 2,40 Mk., Ansbach und Colmar i. E. je 2,16 Mk., Vledrich a. M. und Wunsiedel je 2 Mk., Bayreuth 1,96 Mk., Wittenberg, Hertzog, Ansbach, Siegen und Worms je 1,80 Mk., Altena i. W., Rottbus, Dulsburg, Forst i. L., Geyer, Hohensilber, Alben- schen und Plettenberg je 1,60 Mk., Spremberg 1,52 Mark, Regelsal 1,50 Mk., Kreisfeld und Danabridel je 1,44 Mk., Bremerhaven, Guben, Königsberg i. Pr., Witten i. W., Rostock und Soest je 1,40 Mk., Würzburg 1,30 Mk., Lübeck und Pforzheim je 1,28 Mk., Kitzb., Nordhausen und Offenbach a. M. je 1,24 Mk.

In diese Beitragsliste sind die, welche in einer Reihe von Kartellen für Arbeitervertreter oder Aus- funktionsstellen erhoben werden, eingerechnet. Diese besonderen Sekretärsbeiträge sind meistens viel höher, als die Kartellbeiträge.

Es sind 77 Kartelle, die besondere Beiträge für bestehende oder erst zu errichtende Arbeitervertreter und Ausfunktionsstellen erheben. In welcher Weise die Beitragsliste seit 1901 gestiegen ist, ergibt sich aus folgender Berechnung: 1901 hatten 41,4 v. H. der Kartelle einen Jahresbeitrag von höchstens 20 Pfennige, während 1906 nur noch 22 v. H. der Kar-

telles einen so niedrigen Beitrag erhoben. Der durchschnittliche Jahresbeitrag ist in diesem Zeitraum von 34,2 Pf. auf 55,2 Pf. gestiegen.

Jahr	Zahl der berichtend. Gewerksch. Kartelle	Davon hatten einen Jahresbeitrag von höchstens 20 Pf.		Der durch- schnittliche Jahresbeitrag für alle Kartelle
		Kartelle	Prozent	
1901	319	132	41,4	34,2
1902	365	146	39,8	35,3
1903	387	154	39,8	35,3
1904	405	137	33,9	40,7
1905	465	133	28,6	46,3
1906	526	116	22,0	55,2

Die Gesamteinnahme der 507 Kartelle — 19 Kartelle haben darüber keine Angaben gemacht — im Jahre 1906 betrug 916 758 Mk. Davon aus laufenden Beiträgen der Gewerkschaften 481 932 Mk., aus sonstigen Einnahmen (Ueberschüssen von Festlichkeiten, Schriftenvertrieb usw.) 193 144 Mk. und aus Streiksammlungen 244 213 Mk. Die Kartelle gaben insgesamt 267 545 Mk. für Streikunterstützung aus, so daß nach Abzug der durch Sammlungen aufgebracht Summe aus den Kassen der Kartelle insgesamt 43 332 Mk. für Unterhaltung von Streiks und Ausperrungen verausgabt worden sind. Abgesehen 459 Kartelleangaben, daß sie Streiks und Ausperrungen unterstützen und die dazu erforderlichen Mittel durch Sammlungen aufbringen, so haben sich doch nur 262 Kartelle an solchen Sammlungen beteiligt. Das Jahr 1906 war an wirtschaftlichen Kämpfen überaus reich, und ganz gewaltige Summen waren erforderlich zur Führung dieser Kämpfe. Aus den Kassen der Gewerkschaften wurden insgesamt 13 748 412 Mk. an Streikunterstützung gezahlt. Wie äußerst geringfügig erscheinen neben solcher Summe die 244 213 Mk., welche die 262 Kartelle für Streikunterstützung gesammelt haben. War es früher eine der Hauptaufgaben der Kartelle, Mittel für Streikunterstützung zu beschaffen, so tritt diese Streikunterstützung mehr und mehr in den Hintergrund. Selbstständig und unausgefordert dürfen die Kartelle solche Sammlungen nicht mehr veranstalten, und für die Gewerkschaften ist es eine Ehrensache, die Kämpfe möglichst mit eigenen Mitteln und ohne Zulihnahme öffentlicher Sammlungen zu führen. Wenn nun auch die Sammlungen mehr und mehr eingeschränkt werden, ganz verschwinden werden dieselben nicht, denn darauf unter allen Umständen zu verzichten, wird, solange Streiks zu führen sind, nicht gut möglich sein.

Abgesehen der für Streiks gesammelten Gelder betrug die Gesamteinnahme der Kartelle 672 545 Mk. Der in den Kassen der Kartelle zu Beginn des Jahres vorhandene Kassenbestand betrug 297 100 Mk., so daß den Kartellen insgesamt eine Summe von 969 645 Mark für die laufenden Ausgaben zur Verfügung stand. Die gesamten Ausgaben beliefen sich auf 559 981 Mk., und soweit festgelegt werden konnte, war am Schluß des Jahres 1906 ein Gesamtbestand von 429 763 Mk. vorhanden. Es wurden ausgegeben für Agitation 66 777 Mk., für Arbeitervertreterarbeiten 22 374 Mk., für Gewerkschaftshäuser und Veranlagungsfälle 50 682 Mk., für Herbergen und Arbeitsnachweise 5263 Mk., für Arbeitervertreterate, Ausfunktionsbureaus, Bibliotheken und Lesebibliotheken 157 404 Mark, für Verwaltung, worunter auch teilweise die Verwaltung der Arbeitervertreterate zu verlegen ist, 121 077 Mk. und für Sonstiges 138 994 Mk. In der letzten Summe sind 5080 Mk. für staatliche Erhebungen gemachte Ausgaben enthalten.

Es verausgabten für	1903		1904		1905		1906	
	Kartelle	Markt	Kartelle	Markt	Kartelle	Markt	Kartelle	Markt
Agitation	280	29 163	289	40 222	358	40 773	419	66 677
Arbeitervertreterarbeiten	134	9 856	192	24 560	175	18 787	185	22 874
Staatliche Erhebungen	38	2 042	88	2 711	50	2 295	70	5 080
Herbergen und Arbeitsnachweise	21	10 058	17	8 919	88	10 848	51	5 263
Gewerkschaftshäuser und Veranlagungsfälle	18	2 781	17	53 871	48	41 883	46	50 682
Ausfunktionsstellen, Bibliotheken und Lesebibliotheken	211	59 737	208	62 003	292	128 632	331	157 404
Streiks (aus der Kartellkasse)	222	60 870	217	43 978	204	84 077	214	27 919
Verwaltung: Gehälter, Miete, Verwaltungsmaterial, Zinse etc. usw.	315	66 652	299	89 246	381	95 391	408	121 077

Auf welchen Gebieten die Mehrzahl der Kartelle sich hervorragend betätigt, läßt sich am besten an den auszuwendenden Kosten ersehen. Der Agitation haben die Kartelle ungewissheit im letzten Jahre weit mehr Aufmerksamkeit zugewendet als in den Vorjahren. Wiederholt wiesen wir darauf hin, daß die Kartelle diese ihre Hauptaufgabe teilweise ungenügend, zum Teil gar nicht erfüllen, und mit Beschränkung können wir heute die eingetretene Besserung konstatieren. Ebenso sehen wir, daß die Kartelle sich immer mehr dem Charakter als Erziehungsanstalten aneignen. Die Seminare, die von den Kartellen für Ausfunktionsstellen, Bibliotheken und Lesebibliotheken aufgewendet werden, sind rapid gestiegen. Während 1903 für diese Zwecke von 211 Kartellen 59 737 Mk. verausgabt wurden, haben 1906 311 Kartelle die Summe von 157 404 Mk. für solche Zwecke verwendet.

Die Kartelle der gegnerischen Gewerkschaften.

Unsere Kartelle haben der gegnerischen Gewerkschaftsbewegung im letzten Jahre jedenfalls eine größere Aufmerksamkeit zugewendet als früher, das wird dadurch bewiesen, daß ihre Angaben bezüglich

der Existenz christlicher Kartelle zuverlässig sind, was in den vorhergehenden Jahren nicht der Fall war. Es sind danach in 130 Orten neben unseren Kartellen auch christliche vorhanden, das besagt, daß in diesen Orten die christliche Bewegung zu einer gewissen Bedeutung gelangt ist. Ueber die Stärke der christlichen Kartelle sind unsere Genossen nur wenig informiert, denn nur 79 Kartelle waren in der Lage, Angaben über die Zahl der den christlichen Kartellen angeschlossenen Gewerkschaften machen zu können. Die Gesamtzahl der christlichen Gewerkschaften in 79 Kartellen beträgt 412. Christliche Arbeitervertreterate und Ausfunktionsbureaus sind in 80 Kartellen vorhanden. Diese haben sich seit 1905 nicht wesentlich vermehrt. Trotzdem muß man anerkennen, daß die Christlichen ihren Verhältnissen entsprechend das Möglichste zu leisten suchen.

Die Zahl der Hirsch-Dunderschen Ortsverbände wird auf 157 und die der dazu gehörigen Ortsvereine auf 559 angegeben. Auch diese Angaben dürften den tatsächlichen Verhältnissen ziemlich entsprechen. Von einem wesentlichen Fortschritt kann bei den Hirsch-Dunderschen keine Rede mehr sein, ihre Zeit ist abgelaufen. Als Unterstützungskassen mögen sie noch

lange bestehen, und im wirtschaftlichen Kampfe werden sie auch noch öfters von sich reden machen, indem ihre Mitglieder die Rolle der „Gelben“ spielen dürfen, ohne von der Organisation dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Jahr	Hirsch-Dundersche			Christliche		
	Dats-verbände	Zahl der Ortsvereine	Ortsvereine	Dats-Kartelle	angeschl. Gewerkschaften	Sekretar- od. Volksbureaus
1902	128	495	1	32	91	8
1903	187	548	3	42	160	13
1904	183	496	5	53	211	18
1905	145	430	15	94	356	74
1906	157	559	18	180	412	80

Ueber die Tätigkeit unserer Gewerkschaftskartelle im Jahre 1906 können wir uns im allgemeinen anerkennend äußern. Die Agitation, die Ausfunktionserteilung, das Bibliothekswesen, die Vorbereitungen für die Arbeitervertreterwahlen, das alles sind Aufgaben, die die Gewerkschaftskartelle im letzten Jahre nach Möglichkeit zu erfüllen gesucht haben, und der Erfolg wird die aufgewendete Arbeit reichlich lohnen. Wir können uns so sehr der Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle unsere Anerkennung zollen, als gerade die wichtigsten Gebiete besonders ins Auge gefaßt worden sind. Werden die Kartelle in dieser Weise sich weiter betätigen, so dürfen sie der weitgehenden Unterstützung seitens der Gewerkschaften und der Vertretung ihrer Gesamtheit sicher sein.

Der Streik der Tagelohnarbeiter und Futthex in Kiel.

In der „Perle der Ostsee“, wie Lokalpatrioten den Reichstriebshafen Kiel zu nennen belieben, tobt augenblicklich ein Kampf, den wir tatsächlich als Entscheidungskampf unserer deutschen Organisation ansehen können. Die gesamten Holztagelohnarbeiter und Futthexer von einem Dutzend Meier Holzströmen stehen seit dem 2. August im Streik und befinden sich somit einem Gegner gegenüber, der wohl als der kapitalträchtigste an der Kieler Förde angesehen werden kann. Daß diesem Unternehmern eine wachsende und erstarbende Organisation ein Dorn im Auge bedeutet, leuchtet ohne weiteres ein, und so braucht es nicht zu verwundern, wenn sie glauben, durch Gegenmaßnahmen diese Bewegung zurückzuführen. Wenn hierzu aber eine Art Politik der Rabellische getrieben wird, indem man hier und dort Vertrauensteile entläßt, ihre Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern trachtet und ähnliche Lebenswiderigkeiten mehr vornimmt, so ist es ebenfalls nicht verwunderlich, daß der Groll über diese Behandlung langsam, aber sicher steigt und schließlich in irgend eine Form zum Ausbruch kommt. So auch hier. Maßregelungen der Vertrauensleute und Schlichterungen seitens verschiedener Vorarbeiter waren verschiedentlich zu verzeichnen, weshalb die Ortsverwaltung am 29. Juli vorstellig wurde und um Abhilfe ersuchte. Die beteiligten Firmen waren zwar recht höflich, gaben aber im übrigen eine Antwort, die weder Fisch noch Fleisch genannt werden konnte, sie also zu nicht verpflanzte. Daraufhin beschloß eine am selben Abend vollständig besetzte Sektionsversammlung, den hauptsächlich in Betracht kommenden elf größten Firmen einen Tarifentwurf zwecks Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterbreiten und bis zum 1. August, abends 6 Uhr, Antwort zu erbitten. Es sind dies folgende Firmen: F. Voel, Chr. Arens, Polatsch u. Lohmann, Albert u. Kumpff, L. Urb u. Sohn, C. A. Weder Nachf., S. Fock, S. C. Raack, Joh. Förster, F. A. Lauer und W. M. Effelsgrath Söhne. Dem Tarifentwurf, der neben Beteiligung der Arbeitskräfte und genauer Festlegung der Arbeitszeit eine Erhöhung des Stundenlohnes von 43 Pf. auf 48 Pf. vorsieht, sowie eine prozentuale Entschädigung der Ueberstunden- und Nacharbeit vorsah, lag folgendes Ansprechen bei:

Sehr geehrter Herr!

Mit Gegenwärtigem erlauben wir uns höflich, Ihnen in Ausführung des uns von den Arbeitern Ihres u. Betriebes erteilten Auftrages heiligenden Entwurfsvorsicht zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterbreiten.

Wie auch Ihnen bekannt sein wird, geht das Bestreben jeder organisierten Arbeiterchaft dahin, die Löhne und Arbeitsbedingungen vertraglich festzulegen, und werden hierdurch auf diesem Gebiete bekanntlich auch Verhältnisse geschaffen, die für beide beteiligte Kontrahenten nur vorteilhaft gemamt werden können.

Die in dem beigefügten Tarifentwurf vorgeschlagene Lohnerhöhung zc. dürfte den jetzigen Lebensbedingungen entsprechen; daß letztere ganz exorbitant verteuert sind, dürfte unübersehbar sein, sind doch, um nur ein Beispiel zu nennen, die Kohlenpreise gegen das Vorjahr um 30—35 Pf. pro Zentner gestiegen.

Da weiterhin verschiedene in diesem Tarifentwurf enthaltene Bestimmungen in Ihrem u. Betriebe bereits bestehen, so geben wir uns der angenehmen Hoffnung hin, Ihre geneigte Zustimmung zu erhalten. Um der am Abend des 1. August d. J. stattfindenden Versammlung der Arbeiter Ihres Betriebes Auskunft geben zu können, richten wir die höfliche Bitte an Sie, uns bis zum 1. August

Kiel, den 30. Juli 1907.

d. J. abends 6 Uhr von Ihrem geneigten Ent-
scheidung Kenntnis geben zu wollen.

Sachdumgsvoll

Die Lohnkommission

F. A.: H. Meulle, Führer. 24 II.
Fernspr. 1736.

Höflich, wie alle Unternehmer meistens sind, ant-
worten auch alle, und zwar in folgendem Sinn:

Kiel, 1. August 1907.

An den „Deutschen Transportarbeiter-Verband“,
Kiel.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom
30. Juli d. J. teilen Ihnen mit, daß wir nichts
mit Lohnfragen zu tun haben und verweisen Sie
mit Ihrer Eingabe an unsere Vorstehenden des „Ver-
eins der Bau- und Holzhandwerker von Kiel und
Umgebung“, Herrn Kaufmann F. Michaelis, l. Fa.
Chr. Ahrens, hier.

Im übrigen bemerken wir noch, daß wir dem
„Arbeitgeber-Verband Kiel“ angehören.

Hochachtungsvoll

Polaschek u. Lohmann.

Um zu dieser allgemeinen Antwort zu kommen,
hatten die Unternehmer über 48 Stunden bedürft,
und damit die Empfänger auch merken, woher der
Wind blies, waren sämtliche Antworten fast gleich-
zeitig der Post zur Beförderung überwiesen worden.
Um nichts unverzüglich zu lassen, wandte sich die Lohn-
kommission in einem hüflichen Schreiben an Herrn
Fr. Michaelis, als dem bezeichneten Vorstehenden des
Holzhandwerkervereins, mit der Anfrage, ob sie als Be-
auftragte der beteiligten Arbeiter damit rechnen dürfe,
daß durch Vermittlung des Holzhandwerkervereins eine
Regelung der Tariffrage herbeigeführt werden könne.
Das hierauf ergangene Antwortschreiben lautete wie
folgt:

Kiel, den 1. August 1907.

Am pp.

Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß mein So-
gius, Herr Fr. Michaelis, seit einigen Tagen ver-
reist ist und voraussichtlich morgen oder Sonntagabend
zurückkehren wird.

Nach seiner Rückkehr werde ich ihm Ihr heute
nachmittags eingegangenes Schreiben übergeben und
werden Sie alsdann weiteres von ihm hören.

Hochachtungsvoll

Chr. Ahrens.

Da hatten wir denn auch eine Antwort! Sie ent-
sprach völlig den ersten der Herren! Selbst Gar
zu deutlich konnte zwischen den Zeilen gelesen wer-
den: gebüht euch nur eine kurze Zeit, dann werden
wir euch schon Mores lehren! Durch diese Taktik,
sagten sich die beteiligten Kollegen, müssen wir doch
einen diesen Streik machen, und sie taten es, indem
sie in der am 1. August, abends stattfindenden Sek-
tionsversammlung nahezu einstimmig, mit allen gegen
9 Stimmen, nachstehende Resolution annahm:

„Unter der zweifellos zu treffenden Annahme, daß
sowohl der Verein der Bau- und Holzhandwerker
von Kiel und Umgebung“ wie auch der „Arbeit-
geberverband von Kiel“ sich mit dem eingereichten
Tarifentwurf bereits befaßt hat, sowie hinsichtlich der
Tatsache, daß sämtliche Antwortschreiben der be-
teiligten Firmen fast zu gleicher Zeit abgefaßt
worden und inhaltlich völlig übereinstimmend lau-
ten, erblickt die heutige Versammlung in diesen
Maßnahmen nur eine verheerende Versöhnungsaktion
und erklärt, die Arbeit auf den gesamten Arbeits-
plätzen der beteiligten Firmen ab Freitag, den
2. August 1907, so lange ruhen zu lassen, bis die
Korporationen der Firmeninhaber bzw. diese selbst
sich in anderer, verhandlungsbarer Weise zu der
Eingabe geäußert haben.“

Die Versammlung beauftragt weiterhin die
Lohnkommission, alle notwendigen Maßnahmen zu
erzelen. Unterhandlungen usw. vorzunehmen.“

Die Streikleitung benachrichtigte die Unterneh-
merorganisation sofort von diesem Beschluß, und so ruhte
am Morgen des 2. August auf fast sämtlichen Plätzen
die Arbeit vollständig, da mit Ausnahme einzelner
Stichtagsproletarier, Kommiss genannt, die die
Leistung von Streikbrecherarbeit mit ihrer „Erziehung“
vereinbaren konnten, sämtliche Arbeiter und Trans-
portarbeiter feierten. Die Bestürzung der Unter-
nehmer über diesen Gegenzug war so groß, daß sie
am Abend des 2. August nur den Entschluß faßten
konnten, nur mit ihren Leuten, aber niemals mit
deren Organisation zu verhandeln und im übrigen die
„Uebelthäter“ wegen Kontraktbruch auf Schadenersatz zu
verlangen. Wie überall bei derartigen Gelegenheiten,
so fanden sich auch diesmal allerhand zweifelhafte
Subjekte und Erzählungen bereit, die Arbeit der Strei-
kenden zu übernehmen. Der Holzhandwerker H. Kaut-
had aus der Wilhelmsstraße in Gaarden fährt bei der
Firma Hoge als streikbrechender Kutscher und der
Holzhandwerker W. Merrens, Winterberckstraße, befaßt
bei Alberts u. Nump. Die Arbeiterkundschaft dieser
„mittelmäßigen Elemente“ wird für derartigen Betrat
ihrer Interessen zweifellos die richtige Würdigung fin-
den und diese „Eulen“ zwecks Beförderung von Brenn-
materialien nicht mehr beschäftigen. Auch sonst sam-
melt sich allerhand nichtwürdige Gesellschaft. Während
bereits am Sonntagabend, den 3. 8. zwei unbesene
Zehrer der Unternehmer als Horden in der Streik-
versammlung erlaubt und eintrat werden mußten,
stellte sich am Montag gar ein Herr W. W. Salosow
als „Berichtsführer“ des „Vorwärts“ ein, der Knoo-
per Weg 124, l. Etage, wohnt, Austunft und noch
etwas mehr wissen wollte, wie die gesamte Situation
sich gestaltete. Auf seiner Willkür, die dieser „Ar-
beiterfreund“ nach verkleinerten Werten hinterließ,
waren unter dem Namen noch die Buchstaben T. u.
C. N. eingezeichnet, zweifellos sollte den dummen

Transportarbeitern dieses ein besonderer Adressat sein.
Aber auch das zog nicht, zumal, nachdem festgestellt
worden, daß ein derartiger „Berichtsführer“ weder
in der angegebenen Wohnung noch anderswo bekannt
war. Sogar Tanzmeister von heißen Landböden be-
mühten sich, nicht etwa den Bau- und Holzhandwer-
kern wühmischen Schwung der Beine zu lehren, son-
dern bei der Firma Loed den Arbeitswilligen zu
martellieren. Doch wird erzählt, daß diese Arbeit etwas
„schwieriger“ ist, als das Geld einsammeln. Ein Fuhr-
unternehmer W. in Gaarden kann seinem Kutscher
jetzt sogar 3 Mk. Lohn mehr bieten, wenn dieser sich
nur zu Streikbrecherdiensten bereit finden will. Die
Kieser Kutscher mögen sich diese „Leistungsfähigkeit“
der Unternehmer für die Zukunft merken; es scheint
denn, daß auch diese Unternehmer den manchmal
miserablen Lohn sehr leicht aufzubessern in der
Lage sind.

Interessant ist auch die Stellung der verschiedenen
Holz-Unternehmer zu den Forderungen der Arbeiter.
Einer erklärt: Und wenn's 50 000 Mark kostet, be-
wähligt mich absonst nichts. Der andere sagt, er habe
zu dieser Sache nichts zu sagen. Das „Herr in eigen-
nem Hause“ scheint also demnach ausgeschaltet zu sein,
trotzdem selbiger Herr wenige Tage zuvor mit Emphase
das Gegenteil behauptete. Ein dritter Unternehmer
meinte, 43 Pf. pro Stunde ist ja etwas wenig, aber
48 Pf., das ginge doch nicht. Es wäre auch diesem
Herrn zu wünschen, sich unter den heutigen wirtschaft-
lichen Verhältnissen mit weniger als 4,50—5 Mk. pro
Tag durchs Leben schlagen zu müssen, und das in
dem teuren Kiel.

Aber... wir gehören dem Arbeitgeberverbande
an“, das befaßt alles. Mit welcher „Objektivität“
der Arbeitgeberverband die Objektivität von den
Vorformulieren und Ursachen unterrichtet, geht klar
aus dem Bericht hervor, den er in der Abendnummer
der „Kieser Zeitung“ vom 3. August einrücken ließ.
Darin wird behauptet, daß der Lohn erst vor kurzem
um 5 Pf. erhöht worden ist und jetzt 43 Pf. pro
Stunde beträgt. Demgegenüber sei festgestellt, daß
die Firma Chr. Ahrens, zu deren Inhaber Herr Fr.
Michaelis, Vorstehender des Holzhandwerkervereins,
40 Pfennig zahlt. Sodann regt sich der Berichtsführer
besonders darüber auf, daß die Organisationsleitung
bei Arbeitsstreikigkeiten, die durch einen Arbeiteraus-
schuß und die Firma nicht geschlichtet werden können,
angerufen werden soll. Hier stellen diese Herren es
also als Unerbittliches hin, trotzdem sie wissen müssen
und auch zweifellos wissen werden, daß Streikigkeiten
auf diesem Wege, wie zahllose Beispiele aus der
neuesten Zeit beweisen, sich viel schneller und sehr
häufig zu gunsten der betr. Firma erledigen lassen.
Diese Kenntnis helfen jene Herren im „Arbeitgeber-
verband Kiel“ zweifellos ebenfalls aber sie bringen
den Ausdruck „Oberstreichrichter“ (die Organisation
der Arbeiter) auch nur deshalb in ihrem Bericht, um
Unkundige gegen die streikenden Arbeiter bereit, deren
Organisation aufzusuchen. Gewiß sind die ma-
dernen Arbeiterorganisationen derartiges ja bereits
längst, aber es ist immerhin interessant, diese Tatsache
von neuem feststellen zu können. Zum Schluß heißt
es dann, daß die Arbeiter am Freitagmorgen die Ar-
beit, ohne weitere Verhandlungen abzuwarten, ein-
stellten. Ja, was waren denn die Ursachen dazu?
Aber wozu wiederholen, was jeder Kundige
weiß. Wie es gemacht wird, davon ein Beispiel aus
der jüngsten Zeit: Der Geschäftsinhaber der Firma
Fr. Loed erklärte den vorzeitig gewordenen Mitglie-
dern der Ortsverwaltung des „Deutschen Transport-
arbeiterverbandes“, daß er auf seinem Arbeitsplatz
einen Viererlauf eingerichtet habe, lediglich, um den
Leuten Gehalt zu verschaffen. Der Wubler werde
noch dazu von der Firma bezahlt usw. Und an den
Sonntagenden wurden den Leuten dann die Vier-
erlaufden, die ja bei diesem System nicht ausbleiben,
vom Lohn abgezogen. Opponenten, die hiermit nicht
einverstanden waren und erklärten, ihre Schulden beim
Wubler selbst zahlen zu wollen, wurden an das Ge-
werbegericht verwiesen. Jüngstgültig mag noch wer-
den, daß die Wertprozent, die hierbei eine recht
respektable Höhe erreichten, zu 1/2 dem Wubler und 1/2
einer „Wohlfahrtskassa“ zuzuführen, daß diese Wertkon-
sumenten über diese „Wohlfahrtskasseneinrichtung“ aber nie-
mals orientiert werden. Die fernere Tatsache, daß
auf den, Dienstag, den 30. Juli, mittags, allen
Firmeninhabern zugestellten Tarifentwurf, der etwas
andere, als eine Forderung bedeutete, die Herren
alle erst Donnerstag nachmittags zum Teil erst in den
Abendstunden, antworteten, daß sie mit den Vor-
schlägen nichts zu tun hätten und die Arbeiter an
ihre Verbandsleitung verwiesen, ist wohl Beweis ge-
nug, daß die Unternehmer eine Versöhnungsaktion
befolgt, womit die Arbeiter sich nicht einverstanden
erklären konnten, wollten sie ihre Wünsche berücksich-
tigt sehen. Doch genug hiervon. Wünsche und For-
derungen der Arbeiter sind in den Augen der Unter-
nehmer stets trivial und unberücksichtigt, damit haben
moderne Arbeiterorganisationen nun einmal zu rechnen.

Die Unternehmer lassen anscheinend lieber wer-
tvolle Holzladungen verberben, anstatt der beteiligten
Arbeiterkassett das geringste Entgegenkommen zu er-
weisen. Allerdings brauchen die Herren die Un-
kosten dieses Kampfes ja auch nicht selbst zu bezahlen,
vielmehr werden solche auf die Konsumenten abge-
wälzt und den Arbeitern vom Lohne vorenthalten.
Und um was dreht es sich bei diesem Kampfe? Um
die Verteilung der aufzubringen, den menschlichen
Organismus zerstörenden Akkordarbeit, um eine den
Zeitverhältnissen entsprechend wahrlich nur zu berech-
tigte Lohnermäßigung und Schaffung mehrerer Ein-
richtungen, die sich in der Praxis der beiden beteilig-
ten Kontrahenten als segensreich erwiesen haben. Den
Safenanarbeitern, die diese Arbeit gelegentlich auch mal
machen, zahlen die Unternehmer einen festen Tages-
lohn von 5 Mk., und sie haben mit ihnen auch einen

diesbezüglichen Tarifvertrag abgeschlossen, aber den
eigenen Leuten verwehren sie solches. Es müßte fast
wie Angst vor der Organisation der Arbeiter an,
wenn die beteiligten Unternehmer, wie deren Vor-
stehender, Herr Michaelis, versichert, den Beschluß ge-
faßt haben, nur mit ihren Leuten und nicht mit
dem Verein zu verhandeln. Eine andere Deu-
tung ist auch nicht mehr möglich, denn als „Herr im
eigenen Hause“ haben diese Unternehmer nach den
Satzungen ihres Verbandes ja längst nichts mehr zu
sagen.

Wie innig aber das Transportgewerbe mit allen
übrigen Gewerben verknüpft ist, beweist klar und deut-
lich die Tatsache, daß durch den Streik unserer Kol-
legen bereits ein ganz Teil Zimmerer, Safenanarbeiter
und Fuhrbetriebe in Mitleidenschaft gezogen wurden
und diese Kreise sich bei längerem Kampfe erheblich
erweitern dürften. Auch hierbei wird wieder ein Bei-
spiel gebracht von der Notwendigkeit der
Einheitsorganisation im Trans-
portgewerbe, da z. B. bei mehreren Arbeiten,
die die Safenanarbeiter nach ihrem Tarif zu verrichten
hätten, tiefgehende Meinungsverschiedenheiten befan-
den über die Zuständigkeit dieser Arbeiten und an-
schließend hieran darüber, ob dieses Streikarbeit sei
oder nicht. — Der Streik unserer Kollegen besorgte
auch noch anderen Instanzen Beschäftigung, wie wir
aus nachstehendem Bericht zu ersehen vermögen.

Gewerbegericht in Kiel. Sitzung am 7. August.

Der Streik der Arbeiter auf den Holzplätzen ver-
ursachte allein eine ganze Reihe von Klagen. Da ist
zunächst die Firma Albers u. Nump, die gegen den
Arbeiter Thiem eine Schadenersatzklage von 40
Mark wegen Minderungslosten verfallen der Arbeit
angestellt hat und in der heutigen Gerichtsverhand-
lung ihre Forderung auf 100 Mk. erhöht. Klägerin
behaupet, Thiem habe von der Zeit an, wo er als
Kutscher beschäftigt war, im Minderungsverhältnis ge-
standen und dürfte daher die Arbeit nicht ohne Ein-
bindung verlassen, während Thiem, der durch den
Gauleiter des Transportarbeiterverbandes vertreten
wird, gegenteiliger Meinung ist. Das Gericht be-
schleht, den Minderhaber der Firma, Herrn Albers,
darüber als Zeugen zu vernehmen, unter welchen Be-
dingungen er den Beklagten in Arbeit genommen hat.

Dieselbe Firma klagt gegen den Arbeiter Amaal
und 5 Genossen auf Erfüllung eines übernommenen
Arbeitsvertrages. Die Arbeiter hatten einen Gesler,
der Bretter geladen hatte, für die Firma zu lösch
und haben bei Beginn des Streiks die Arbeit unvoll-
endet verlassen. Den Rest der Ladung hat die Schiffs-
besatzung gelöst, wofür die Firma nach ihrer An-
gabe 101,57 Mk. gezahlt haben will, dazu rechnet die
Firma Ausgaben für Sortieren, Gratifikation
u. n. u. n. a. n. b. e. S. a. n. d. e. S. a. n. n. s. c. h. a. f. t.
u. n. d. i. h. r. e. s. u. n. g. e. n. S. e. u. t. e. so daß sie für
insgesamt 171,57 Mk. die Beklagten als Gesamt-
schuldner haftbar machen will.

Die Firma Hoge klagt gleichfalls gegen 6 Ar-
beiter aus gleicher Ursache. Die Beklagten waren
beim Löschen des Dampfers „Felicja“ beschäftigt. Der
Vertreter der Firma verlangt Schadenersatz in Höhe
von 188 Mk. Als er, befragt, ob die Beklagten als
Gesamt- oder Einzelschuldner haften sollen, nicht recht
weiß, wozu er sich entscheiden soll, und der Vorsitzende
des Gerichts einige Andeutungen zu machen sich an-
schickt, protestiert der Bevollmächtigte der Beklagten,
der in sämtlichen Klagen die Arbeiter vertritt, gegen
eine solche Rechtsbeziehung der Kläger. Der Ver-
treter der Kläger verlangt nur die Haftbarmachung
der einzelnen für jeden 6. Teil der Schadenersatz-
summe.

Die Firma Wörner, Bevollmächtigter Bergfeldt,
klagt gegen den Arbeiter Falk und 5 Genossen. Auch
hier ist der Streik die Ursache, daß die übernommene
Arbeit des Holzplatzens an der Jastrupstraße nicht
vollständig fertig wurde. Nach der Höhe seiner
Schadenersatzklage gefragt, erklärte W., er würde über-
haupt von einer solchen Absicht nehmen, wenn die
Beklagten bereit seien, die Arbeit zu beenden.
Wenn nicht, so werde durch Unbrauchbarwer-
den des Holzes ein großer Schaden entstehen, für den
er die Beklagten in voller Höhe als Gesamtschuldner
haftbar machen werde. Als er die Beklagten fragt,
ob sie willens seien, die Arbeit zu Ende zu führen,
fragt der Vertreter der Beklagten, ob die Antwort bis
abends, etwa um 6 Uhr, Zeit habe. W. erklärt, sich
darauf nicht einlassen zu können, weil dann ohne
Frage der Verband mit rede und eine vereinbarte
Antwort sicher sei. Der Vertreter fragt hierauf, ob
es ihm und seinen Auftraggebern gestattet werde,
sich zu einer kurzen Ausfrage zurückziehen. Dies
wird gewährt. Nach Wiedereintritt in die Verhand-
lung wird zunächst erklärt, daß in keiner Weise auf
die Beklagten eingewirkt sei. Sie hätten sich jedoch
samtlich vollständig zu halten und sollten die Fertig-
stellung der Arbeit ab. Der Vertreter der klagenden
Firma will nun später die Höhe des Schadenersatz-
anspruches bekannt geben, wird jedoch sofort aufge-
fordert, dies gleich zu tun, weil sonst anzunehmen sei,
daß ein Schaden tatsächlich nicht erwachsen sei.
Andernfalls werde auch durch das Hinanzziehen des
Feststellens der Schadenhöhe dieser wachsen.

Bergfeldt verlangt nunmehr eine Verurteilung
der Beklagten zur Schadenersatzleistung als Gesamt-
schuldner von 2000 Mk. (1)

Dasselbe Schauspiel wiederholte sich am 10. August,
wo die Firma Sellsgröth & Söhne 24 Strei-
kende auf 1072,60 Mk. Schadenersatzanspruch ver-
langt, sich aber einverstanden erklärt, von allen dies-
bezüglichen Forderungen abzusehen, wenn die Beklag-
ten ihren Akord beendigen würden. Selbstver-
ständlich konnte auch dieses „menschenfreundliche Ent-
gegenkommen“, wie man so schön sagte, nicht genü-

gen, die Streitenden wankelmütig zu machen. Auf eine Frage des Vertreters des Beklagten, ob und warum nicht an der Hand der jetzt erfolgten persönlichen Bekanntschaft beider Gegner eine Verständigung von Organisations-Organisation herbeigeführt werden könne, trat der ganze nade Herrschaftspunkt des Unternehmens hervor, indem Herr Essfeldt erklärte: Wer Verzicht verhandelt er gern mit einem Organisationsvertreter, da dann alle persönliche Schärfe vermieden und nur sachlich verhandelt würde, aber — als Vertreter der Arbeiter würde er ihn niemals anerkennen; worauf unser Kollege kurz und trocken meinte, dann würde er, E., dieses wohl noch lernen müssen. — Die Firma H. C. Jaacks klagt gegen einen Arbeiter auf Auszahlung von 880 M. Schadenersatz! Was auch hier nicht allzu wenig! Und dennoch sind alle Forderungen, selbst die höchsten, nach dem direkten Ausdruck eines der Kläger, nur Fiktivforderungen, das Geld spielt hier keine Rolle! Wie soll's auch wohl! Wo lieber Hunderttausende von Werken einer überlebten Anschauung über Arbeiterorganisation gelehrt und damit dem Verderben preisgegeben werden, anstatt in vernünftiger Würdigung der Sachlage sich mit der Gegenwart zu befassen, braucht man sich über derartiges Herrenmenschenum nicht zu wundern. Hier hilft nur eine starke, wohlgegründete Arbeiterorganisation, die genau weiß, was sie will und was aus dem Spiele geht, wenn sie sich den gegebenen Umständen nicht anzupassen versteht. Innerlichsterliche Solidarität und überzeugte Klassenbewußtsein werden auch hier die Früchte des Kampfes reifen lassen.

Die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden im 2. Quartal 1907.

Das soeben erschienene Reichs-Arbeitsblatt für Juli bringt das Ergebnis der Arbeitslosenhebungen in den deutschen Fachverbänden an den Stichtagen: 27. April, 25. Mai und 29. Juni. Neu hinzugezogen resp. mitberücksichtigt sind diesmal der Verband der christlichen Schuh- und Lederarbeiter (4202 Mitglieder), der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (87 537 Mitglieder und 5481 Lehrlinge) und der Zimmererverband (52 859 Mitglieder), so daß insgesamt 1 484 025 Personen von der letzten Erhebung erfaßt wurden. — Als arbeitslos wurden gemeldet am Schluß der 4. Quartalswoche 17 482 gleich 1,3 pCt., am Schluß der 8. Woche 17 939 gleich 1,4 pCt.; am Schluß der 13. Woche 18 408 gleich 1,4 pCt. der Mitglieder. Vergleicht man das Ergebnis am letzten Quartalsstich mit demjenigen am entsprechenden Tage der Vorjahre, so ergibt sich:

1903	1904	1905	1906	1907
3,2 pCt.	2,1 pCt.	1,5 pCt.	1,2 pCt.	1,4 pCt.

Danach ist die Ziffer für dieses Jahr um 0,2 pCt. höher als die am 30. Juni des Vorjahres. Sehr hohe Arbeitslosenziffern hatten an allen drei Stichtagen die Verbände der Bildhauer (am 29. Juni 10 pCt.), Friseur (12 pCt.), Bäcker (6,6 pCt.), Glaser (6 pCt.), Tapezierer (12 pCt.), und am Schluß der 13. Woche auch die Formschneider (11,5 pCt.) zu verzeichnen. — Die Metallindustrie weist nach wie vor sehr niedrige Arbeitslosenziffern auf. Der Deutsche Metallarbeiterverband, dessen Mitgliederzahl 857 195 erreicht hat, meldete an allen drei Stichtagen nur 1 pCt. Arbeitslose. Die Arbeitslosenziffer im Holzarbeiterverband sank von 2,5 pCt. am ersten Stichtag auf 2,1 pCt. am zweiten und 1,7 pCt. am letzten Stichtag. Bei den Buchbindern liegt die Ziffer von 1,7 pCt. am Schluß der 4. Woche auf 4,4 pCt. am Quartalsstich, was sich aus Saisoninflüssen erklärt. Was die Häufigkeitsziffer der Fälle von Arbeitslosigkeit betrifft, so kamen diesmal auf 100 Mitglieder im Laufe des Quartals 6,1 Fälle. Ein Vergleich mit dem zweiten Quartal der Vorjahre ergibt folgendes Bild:

1903	1904	1905	1906	1907
8,6 pCt.	7,9 pCt.	7,0 pCt.	6,1 pCt.	6,1 pCt.

Die Zahl der Arbeitslosenstage bringt im abgelaufenen Quartal bei sämtlichen Mitgliedern aller Verbände 913 205 Tage an Ort, 182 436 auf der Reise, zusammen also 1 095 641 Tage. Da insgesamt 80 252 Fälle von Arbeitslosigkeit gemeldet wurden, so würde die durchschnittliche Dauer des Arbeitslosenfalls 13 Tage betragen haben; ebensoviel wie im 1. Quartal.

Die durchschnittliche Unterstützungsdauer ist auch diesmal weiter gefallen. Sie betrug im Gesamtdurchschnitt aller Verbände 15,4 Tage, gegen 15,9 im 2. Quartal 1906, 16,5 in 1905, 16,7 in 1904, 19,6 in 1903. Nicht unbedeutend alle Fälle von Arbeitslosigkeit werden unterteilt, da sie in die Karenzzeit der betr. Verbände fallen, was namentlich für die Berufsvereine mit großer Häufigkeit aber kurzer Durchschnittsdauer der Arbeitslosigkeit gilt. So wurden bei den Friseurern nur 8 pCt., bei den Tapezierern 23 pCt., bei den Bildhauern 28 pCt. der Fälle unterteilt. — Insgesamt wurden von den berichtenden Verbänden im verfloffenen Quartal 1 061 141 M. Unterstützung an Arbeitslose geleistet.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Rußland-Polen.

Die Gewerkschaftskommission der sozialdemokratischen Partei Polens und Litauens bereitet einen detaillierten Bericht vor über die Entwicklung und die gegenwärtige Lage der ihr unterstellten sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Fast alle Gewerkschaften sind in Warschau und Lodz konzentriert; außerhalb dieser Städte existieren bloß 4 Gewerkschaften: im Rayon Dombrows ein Maurer- (603 Personen) und Lederarbeiter (120 Personen), in Tschentochowo — ein Metallarbeiterverband (50 Personen) und in Petrowo — ein Handlungsgehilfenverband (64 Personen). Ueber die Gewerkschaften in Warschau und Lodz gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Verbände der	Mitgliederzahl im ganzen in Warschau in Lodz	Russenbel.
Textilarbeiter	17503	500 17003 14853
Metallarbeiter	2084	1864 720 4142
Holzarbeiter	1826	1208 620 1467
Lederarbeiter	2052	1554 498 2604
Maurer	2850	1497 250 2215
Handlungsgehilfen	1782	1128 600 8020
Bäcker	2410	1802 497 150
Transportarbeiter	205	205 — 200
Schneider	226	226 — 600
Kellner	854	854 — 176
Wagenbauer	812	182 180 580
Duldmacher	41	41 350
Buchbinder	185	153 82 200
Druckarbeiter	820	280 40 600
Eisenbahner	711	— — 1500
In ganzen	83420	11401 20481 82287

Keiner dieser Verbände ist legalisiert, weil in der polnischen Sozialdemokratie die Ansicht vorherrscht, daß die Legalisation den sozialdemokratischen Gewerkschaften keinen Nutzen bringen würde. Während ihrer ganzen Existenz haben die Verbände einen erbitterten ökonomischen Kampf geführt, der zum größten Teil bedeutende Erfolge erzielt hat. Insbesondere haben die Lederarbeiter, Bäcker und Schneider bedeutende Erfolge errungen.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften im Jahre 1906.

Die von dem Buchhändler Dunder und Dr. Max Hirsch gegründete und nach ihnen benannte Bewegung geht seit Jahren schon den Krebsgang. Denn im Jahre 1905 konnten die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ihre Mitgliederzahl nur um 5208 oder um 4,8 pCt. steigern, das war angesichts der Mitgliederzunahme der freien Gewerkschaften im gleichen Jahre um 818 084 oder 28,8 pCt., der christlichen Gewerkschaften um 72 778 oder um rund 80 pCt. ein geradezu lägliches Ergebnis. Noch ungünstiger haben sich die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften im Jahre 1906 entwickelt. Denn wie aus ihrer in Nummer 51 des „Gewerkschein“ veröffentlichten offiziellen Uebersicht hervorgeht, erhöhten sie im Jahre 1906 ihre Mitgliederzahl von 117 097 auf 118 508, also um 1411 oder 1,2 pCt. Demgegenüber verzeichneten die freien Gewerkschaften eine Zunahme ihrer Mitgliederzahl um 867 982 oder um 25,7 pCt., die christlichen Gewerkschaften um 68 850 oder um 95,7 pCt. Ein lägliches Ergebnis der Hirsch-Dunderschen Sache, das ohne Beispiel dasteht.

Ueber die Mitgliederbewegung der Gewerkschaften im einzelnen folgende Tabelle:

	Mitgliederzahl		Zunahme gegen 1906
	Ende 1905	Ende 1906	
Maschinen- u. Metallarb.	49 616	48 199	- 1817
Fabrik- u. Handarbeiter	19 658	17 189	- 2469
Kaufleute	14 614	18 628	+ 4 009
Fischer	8 078	6 994	- 1 084
Stuhl-/Textilarbeiter	5 885	6 299	+ 414
Schuhmacher- u. Lederarb.	5 210	5 800	+ 590
Schneider	8 840	4 050	- 4 790
Gewerkschaften	2 018	1 899	- 119
Drucker	2 189	2 609	+ 420
Tabak- u. Zigarren- u. Tabakarbeiter	1 678	1 774	+ 96
Bauhandwerker	1 599	1 900	+ 301
Frauen und Mädchen	1 298	1 222	- 76
Bildhauer	1 068	792	- 276
Rundbrenner	441	451	+ 10
Schiffbau	808	298	- 510
Schiffbau	285	251	- 34
Brauer Berlin		445	+ 445
Damburg	210	188	- 22
Stettin		50	+ 50
Kellner Berlin		84	+ 84
Kreppschläger		47	+ 47
Zusammen	117 097	118 508	+ 1 411

Aus unserem Beruf.

Arbeiterinnen.

Kleine, weisse Slaven. Der Handel mit Kindern aus geminnlichstem Absichten und zu unethischen Zwecken blüht inmitten unserer „christlichen“ Gesellschaft. Henriette Arendt, die seit 1903 beim Stadtpolizeiamt Stuttgart als Polizeiauffsehtin angestellt ist, beschreibt im Juli-Heft der Monatschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform die Schleichwege, auf denen diese schamlose Geschäft betrieben wird. Sie ist lange Zeit hindurch den Annoncen der Tageszeitungen, in denen Kinder zur Adoption angeboten oder gesucht werden, nachgegangen und hat dabei die Erfahrung gemacht, daß es sich meistens um die Weggabe von unehelichen Kindern handelte, wobei die Mütter aus bitterster Not, die Uebernehmer aber aus schändester Gewinnsucht handelten. Zahlreiche berammende Kinder weiblichen Geschlechts fallen dabei der Verknüpfung an Bordellinhaber zum Opfer. So konnte Fräulein Arendt hinsichtlich einer in vielen Zeitungen wiederholt erscheinenden Annonce, wonach „ein hübsches Mädchen — Alter Neben- sache — ohne gegenseitige Entschädigung an Kindes Statt angenommen werden sollte“, feststellen, daß der Suchende gerade eine längere Strafe wegen Kuppelerei verbüßt hatte,

und daß die gesuchten Kinder von ihm an Bordellinhaberinnen weitergegeben wurden. Ferner ermittelte sie, daß von einer Gesellschaft im Staate Wiedraska in Amerika gewerkschaftlich Kinder aus Deutschland zum Preise von 25 Dollars pro Kind angefaßt wurden. Um diesem schandbaren Kinderhandel die Wurzel zu durchschneiden, verlangt Fräulein Arendt vor allen Dingen: staatliche Fürsorge für uneheliche Mütter und deren Kinder durch Errichtung von Wädnerinnenheimen und Säuglingsasylen. „Wie viele Kinder verlassener, unehelicher Mütter sind wohl mit unter diesen unglücklichen, kleinen weißen Slaven ruft sie.“ Welcher Vorwurf trifft da nicht unsere pharisäische Gesellschaft, unser modernes Christentum, das sich allenthalben um das erste uneheliche Kind einer armen Mutter annimmt, das 2. oder gar 3. und 4. aber erbarmungslos dem furchterlichsten Schicksal preisgibt. Ich habe diverse Mädchen mit 6 Kindern, einige sogar mit 7, 8 und 9 Kindern in Fürsorge. Gewiß sind diese Mädchen nicht zu loben, aber das 6. und das 8. und das 9. uneheliche Kind empfindet den Hunger genau so schmerzhaft, wie das erste und ist noch viel betlagenswerter als dieses, weil es in der Regel noch viel verlassener ist.“

Was aber das Schicksal der unglücklichen Mütter anlangt, so lautet es heute zumeist: Prostitution. Darüber jagt Fräulein Arendt: „Wie oft kommen Mädchen, die aus der Entbindungsanstalt entlassen werden, mit ihrem neugeborenen Kinde zu mir und flehen um Hilfe! Diese Mädchen sind in der Regel von ihrem Geliebten verlassen worden, haben keine Mittel, keine Unterkunft für sich und ihr Kind, sind noch unfähig zur Arbeit, so flehen sie schuldlos auf der Straße, allen Verführungen preisgegeben. Sie fallen Kuppeln und Kuppeltern in die Hände, und werden durch die bitterste Not oft zur Prostitution direkt gezwungen. Verschiedene Mädchen, die unter Sittenkontrolle stehen, haben mir gestanden, daß die Unfähigkeit, ein oder gar mehrere Kinder zu verzorgen, sie veranlaßte, unter Kontrolle zu gehen. — Ein Kinderfräulein, das von einem Offizier zwei Kinder hatte, wurde von ihm in Stich gelassen. Er verschwand nach Schweden, um als treuer Soldat seinem Kaiser zu dienen, und sie wurde Prostituierte, weil sie seine Kinder nicht ernähren konnte und niemand hatte, der sich ihrer annahm.“

Bierfahrer.

Mühlhausen i. Th. Einen schönen Erfolg haben die Kollegen Bierfahrer in der Thüringia-Brauerei durch ihr geschicktes Vorgehen errungen. Lange genug hat es allerdings gedauert, bis die Kollegen zu der Erkenntnis kamen, daß der einzelne nichts vermag, daß es immer schwieriger wurde, bei der fortschreitenden Verteuerung aller Lebensmittel mit einem Lohn von 17 bis 18 M. auch nur das Nötigste anzuschaffen. Nachdem es aber gelungen war, sämtliche Kräfte zu organisieren, war der Zeitpunkt gekommen, um mit dem Unternehmer ein ernstes Wörtchen zu reden. Die Kollegen Bierfahrer beschloßen, in eine Lohnbewegung einzutreten und beantragten die Ganelung, die Forderungen der Brauerei zu übermitteln. Da der Brauereiarbeiterverband bereits einen Lohnstark mit der Brauerei abgeschlossen hatte, so war zu hoffen, daß auch wir in Güte unseren Anteil zum Abschluß bringen könnten. Nachdem der Inhaber, Herr Schmidt, sich eingehend nach dem Organisationsverhältnis seiner Kräfte erkundigt und gefunden hatte, daß alle organisiert waren — war er zur Verhandlung bereit. Diefelbe fand am 5. Juli statt und wurde folgender Tarif vereinbart:

Tarifvertrag.

Zwischen der Thüringia-Brauerei in Mühlhausen i. Th. und den bei ihr beschäftigten Bierfahrern wird nachstehender Vertrag vereinbart:

1. Der Anfangslohn für Fahrbierfahrer beträgt 19,50 M. pro Woche, nach 1 Jahr 20,50 M., nach 2 Jahren 21,50 M. und nach 3 Jahren 22,50 M. Als Fahrbierfahrer sollen gelten, die die regelmäßigen Touren nach Breitenworbis, Groß-Stula, Groß-Brüchen, Schloßheim, Daching, Herzleben, Schen-bergen, Treptur, Weismar, Küssfeldt, Seiltentel und Reinsfelde fahren.
2. Flaschenbierfahrer erhalten einen Lohn von 20 M. pro Woche.
3. Stallene- und Hilfsfahrer erhalten einen Anfangslohn von 17,50 M. pro Woche; nach 1 Jahre 18,50 M. und nach 2 Jahren 19,50 M. Bei vierjähriger Kalkülzeit im Betriebe rücken die Hilfsfahrer in die Lohnstufe der Fahrbierfahrer ein.
4. Die gesetzmäßigen Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung werden von obigen Löhnen in Abzug gebracht.
5. Neben den festen Wochenlöhnen erhalten die Fahrbierfahrer bei Ueberlandfahrten nachgehende Zepensätze: Bei Entfernungen bis 10 Kilometer 0,75 Mark, 10—15 Kilometer 1 M., 15—20 Kilometer 1,50 M., 25—30 Kilometer 2 M. und über 30 Kilometer 2,50 M. Für Uebernachten werden gleichfalls 2 M. vergütet. Bei Sonntagsfahrten erhöhen sich vorstehende Spefen um das Doppelte.
6. Die Flaschenbierfahrer erhalten an Spefen bis zur Entfernung von 30 Kilometer 1,50 M. und darüber hinaus 2 M.
7. Für zurückgebrachtes Biergeschloß wird den Ausschern vergütet: für jedes Maß 1 Pf., für jede komplette Kohlenfaureflasche 10 Pf. und für je 1000 Bierflaschen 2 M.
8. Hausgeheuer trägt die Brauerei und werden dieselben den Ausschern retour erstattet.

B. U l l g e m e i n e B e s t i m m u n g e n .

1. Jedem Kräfte, welcher länger als ein Jahr im Betriebe tätig ist, wird auf Wunsch nach Bestimmung des Arbeitgebers ein Urlaub von 3 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes gewährt.

2. Lohnabzüge werden nicht gemacht, wenn die Veräumnis nicht länger als einen Tag dauert und zwar bei: Besonderen und gerichtlichen Vorbereitungen und Terminen, familiären Vorkommnissen, Mißverurteilungen, Kontrollversammlungen, öffentlichen Wahlen und Wochenerträgen. Bei militärischen Übungen wird für die erste Woche der volle Lohn gezahlt. Bei ärztlich nachgewiesener Krankheit wird für die ersten beiden Wochen die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn seitens der Brauerei bezahlt.

3. Der Gehaltensführer erhält seitens der Brauerei Abtreue gestiftet. Außerdem werden denselben bei längeren Touren 1 Mk. vergütet.

4. Kutscher, welche nicht auf der Tour sind, sind verpflichtet, jede andere Arbeit zu verrichten, jedoch muß die Arbeitszeit 8 Uhr abends beendet sein.

5. Maßregelungen wegen Durchführung dieses Tarifes dürfen nicht stattfinden.

6. Etwaige aus diesem Tarif entstehende Streitigkeiten werden von dem Inhaber der Brauerei gemeinsam mit der unterzeichneten Kommission der Kutscher geregelt.

7. Dieser Tarif gilt vom 1. Juli 1907 bis zum 30. Juni 1910. Derselbe gilt als auf ein weiteres Jahr verlängert, falls er nicht mindestens 6 Wochen vor Ablauf seitens einer der Parteien gekündigt wird.

Für die Firma: gez. Aug. Schmidt.

Für die Kutscher: gez. Heinrich Brauhardt, Heinrich Müller.

Für den Deutschen Transportarbeiter-Verband, Gau 8 F. A.: Otto Schreiber, Kassel.

Man kann mit dem, was hier errungen, zufrieden sein, wenn man bedenkt, daß es die erste Lohnbewegung war, die seitens unserer Organisation in Württemberg geführt wurde. Nicht alle Wünsche der Kollegen sind in Erfüllung gegangen, so war es unter anderem fast unannehmbar, einen Tarif auf drei Jahre abzuschließen. Doch nicht uns trifft die Schuld, sondern hier hat der Brauerverband wieder einmal stänzend seine Taktik entwickelt. Wurde der Kommission doch bei der Verhandlung seitens Herrn Schmidt erklärt, daß das, was wir als unannehmbar hielten, vom Brauerverbande angeboten wurde. Und doch können wir trotz dreijähriger Tarifdauer eher zufrieden sein, als der Brauerverband. Die Kollegen Württemberg in den anderen Brauereien, die sich seinerzeit bedrückt ließen, ihrer Berufsorganisation den Rücken lehnten, um im Brauerverband ihr Heil zu suchen, mögen jetzt unterliegen, ob der Brauerverband derartige Vorteile für sie herausgeholt hat und sie werden angeführt der Tarifachen dies verneinen müssen. Mögen die Kollegen ihren Fehler einsehen und sich ihrer Berufsorganisation wieder anschließen.

Die drei Jahre der Ruhe müssen ausgenutzt werden, damit, wenn die Zeit kommt, einen neuen Tarif abzuschließen, die Organisation gestärkt ist. Dann wird es nicht wieder geschehen, daß ein Tarif auf drei Jahre hinaus vereinbart wird.

Droschkenführer.

Automobilfahrer. Der „Automobilwelt“ entnehmen wir folgende Notiz:

„Kohlenberg bei der Arbeit? Am Sonntag, den 11. August, abends in der Zeit von 8 Uhr 4 Min. bis 8 Uhr 51 Min. beobachtete ein Freund unseres Blattes bei der Hundebühne nächst dem Restaurant einen Mann in Amtsdienstuniform, der eifrig die Nummern der vorbeifahrenden Automobile notierte.“

Der Mann, der eine Kapsel mit der Aufschrift: „Amtsdienst Nr. 5“ trug, zog lebhaft, nachdem ein Automobil passiert, und sich ungefähr 20 Meter von seinem Standorte entfernt hatte, eine Uhr aus der Rocktasche, holte dann aus der anderen Rocktasche ein Notizbuch und notierte die Nummer.“

Da die Kraftwagen infolge des schlechten Plasters an dieser Stelle nicht in der Lage waren, schnell zu fahren und um bei event. Strafmandaten, die Kohlenberg, oder vielleicht war es ein Konkurrent in diesem ehrbaren Gewerbe, entgegen treten zu können, notierte sich unser Gewährsmann ebenfalls die Nummern der passierenden Kraftwagen.“

Es sind dies folgende:
 Arval-Kraftwagen I A 8754, I A 8964. Dreirad mit 2 Personen I A 8791 (027), I A 827. Taximeter 4124, 1 (Potsdam?), 9895, 9921, 8259, 8262, 10291, 8689, 1673, 906, 1887.“

Sollte einer dieser Nummern-Inhaber von diesem Amtsdienst zur Anzeige gebracht werden, so ist unser Gewährsmann gerne bereit, vor Gericht auszusagen.

Die Adresse dieses Herrn ist für Interessenten in unserer Redaktion zu erfragen.

Wald nachdem unser Gewährsmann seine Gegenaktion eingeleitet hatte, sammelten sich mehrere Dutzende, die in so kräftigen Ausdrücken die Handlungsweise des Amtsdienstlers Nr. 5 verurteilten, daß er es vorzog, seinen Betrieb einzustellen.“

Die Jagd auf „schnellfahrende“ Automobilfahrer übersteigt alle Grenzen. Es muß doch in den Gemeindefassen sehr leer aussehen, daß zum Eintreiben derartiger indirekter Steuern bereits Leute angestellt werden. Den Automobilfahrern gelingt es dann meistens nicht, zur Entfristung der auf so unqualifizierte Art entstehenden Strafmandate die nötigen Feigen beizubringen. Es ist zum mindesten eine harte Jodelgeschichte, wenn den Kollegen, die der Meinung sind, voll und ganz ihre Schuldigkeit zu tun, von technisch nicht durchgebildeten Leuten, ohne daß sie auf ihr Vergehen aufmerksam gemacht werden, Strafmandate angehängt werden. Auswüchsig giebt es überall und diese werden gewöhnlich durch die Art von Angeberei nicht getroffen. Hier kann nur ein Heilmittel, eine geschlossene Organisation der Automobilfahrer, die es sich zur Aufgabe machen wird, derartigen Wahnvisionen mit Erfolg entgegen zu treten.

Berliner Polizeileiter. Die Kollegen, welche mit Pferden fahren, machen wir ganz besonders auf den Halteplatz, Königgräberstraße, Spitze nach dem Taglilienplatz, aufmerksam und zwar deshalb, weil tagtäglich Angelegen, daß dort Droschken überzählig halten, eingehen.“

Dieser Platz ist wohl einer der befahrensten Berlins und für 26 Droschken vorgesehen, welche längs des Prinz Albrechtgartens an der Anhalter- bis zur Prinz Albrechtstraße halten dürfen. Da es an diesem Platz häufig vorkommt, daß 10 bis 16 Droschken und noch mehr hintereinander abgehen, besonders dann, wenn auf dem Anhalter Bahnhof starkbesetzte Züge einlaufen, so reicht dieser Platz für das Bedürfnis an Droschken lange nicht aus. Es liegt aber nun in der Natur der Sache, daß die Droschkenführer solche Halteplätze bevorzugen, wo die Aussicht für sie vorhanden ist, recht bald eine Fahrt ausführen zu können, um sich die paar Pfennige, welche sie unbedingt zum Lebensunterhalt brauchen, zu verdienen. Dieses Bestreben, welches doch wohl nur lobenswert genannt werden kann, wird leider von der Polizei nur wohl oft illusorisch gemacht. Die Droschkenführer werden sozusagen von der Polizei an ihrer Arbeit gehindert. Dies ist nun ganz hervorragend an dem von uns genannten Platze der Fall. Wie sagten schon, daß das Bedürfnis für Droschken an diesem Platze ein sehr weitgehendes und der Platz nicht im entferntesten ausreichend ist. Dadurch kommt es nun, daß die Droschkenführer, wenn der Platz einmal voll befahren ist, sich an anderer Stelle aufstellen, um dann nachzurücken.“

Das Nachschieben ist nun, daß sie in die Prinz Albrechtstraße, Südseite, einfahren, um von dort aus den Anschluß nach der Königgräberstraße zu gewinnen. Dieses führt aber gewöhnlich immer zu ihrem Verderben, denn einige Schenkleute des zuständigen Polizeireviere geben scharf auf die Droschkenführer Dacht, welche dort anfahren und eine Anzeige ist ihnen sicher, trotzdem, wie wir gleich bemerken wollen, in der Prinz Albrechtstraße vor dem Museum für Völkerkunde soviel Platz vorhanden ist, daß sie dort niemand hindern. Berücksichtigt man ferner, daß die Straße sehr bald wieder frei wird, weil ja der Platz sehr in Anspruch genommen wird, so muß man sich doppelt darüber wundern, daß von der Polizei in dieser Beziehung so rigoros vorgegangen wird.“

Es liegt demnach so aus, als ob den Droschkenführern das Leben so sauer wie möglich gemacht werden soll, denn was soll man dazu sagen, wenn man folgende Anzeige liest:

„Sie haben am 17. Juli d. J. nachmittags gegen 4,50 Uhr mit der Droschke Nr. F. A. außerhalb eines Halteplatzes vor dem Museum für Völkerkunde auf der Südseite der Prinz Albrechtstraße unbefehlt gehalten, um Fahrgäste abzumarten. Die Uebertretung wird bewiesen durch das Zeugnis des Schynmanns Seinerweise 4628. Es wird deshalb eine Geldstrafe von 10 Mark festgesetzt ufm.“

Wenn man beachtet, daß ein Geschäft bekommt, dann kann einem wirklich der Verlust stille stehen. Soll der Kollege wirklich eine Uebertretung begangen haben, so wäre dafür 1 Mk. wirklich eine hinreichende Sühne gewesen. Jeht Markt nimmt der Droschkenführer unter heutigen Verhältnissen in einem Tage höchst selten ein, viel weniger kann er dieselben in einem Tage als Verdienst für sich in Anspruch nehmen. Kann er sie nicht zahlen, dann muß er zwei Tage abmachen, da er vielleicht nicht in der Lage ist, 10 Mk. zu zahlen, so bleibt ihm weiter nichts übrig. Tritt nun dieser Fall ein, so kann seine Familie, da er an diesen beiden Tagen nichts verdient, hungern, denn lebende Gelder sind bei einem Droschkenführer in den seltensten Fällen vorhanden. Ob sich die Herren, welche derartige Strafen festsetzen, dies noch nicht einmal vor Augen gehalten und demnach selbst gesagt haben, daß eine derartige drakonische Strafe für eine so minimale Uebertretung denn doch in gar keinem Verhältnis zu derselben steht.“

Leider kennen wohl die Herren die Berliner Verhältnisse im Droschkenführer nur zu wenig und wissen auch gar nicht, wie einem solch armen Leutchen zu Mute ist, wenn ihm eine derartig gepefferte Strafverurteilung ins Haus geschlagen kommt. Geld soll er verdienen, um seinen Arbeitgeber zu befriedigen, und Geld will er verdienen, um sich und seine Familie zu ernähren. Wenn er sich nun in seinem Berufe betätigt und die Arbeitsgelegenheit ausflucht, aufsucht in einer Form, wo niemand weiter daran Anstoß nimmt, als wie ein x-beliebiger Polizeibeamter und er dann dafür in dieser Weise bestraft wird, dann ist es nicht weiter verwunderlich, wenn Wut und Mißmut gegen die Polizei bei ihm die Oberhand gewinnen. Die vorgesehene Gebühr sollte endlich einmal zu der Erkenntnis kommen, daß mit dem jetzt beliebten Straffsystem und der Bevormundung und Drangsalierung der Droschkenführer gebrochen werden muß. Wie weit sich einzelne der Herren Polizeibeamten vertreiben, um ihre Macht dem Droschkenführer zu zeigen oder süßeln zu lassen, wird noch an anderer Stelle berücksichtigt werden.“

Unsere Kollegen aber möchten wir warnen, in hier geschuldbeter Weise Uebertretungen sich zuschulden kommen zu lassen, da die Einbuße, welche sie vielleicht durch das Befahren eines solchen Platzes gewinnen, in gar keinem Verhältnis steht zu dem, was sie vielleicht dafür an Strafe zahlen müssen. So wie die Verhältnisse an diesem Platze liegen, sind sie auch noch auf vielen anderen, besonders denjenigen, welche ein größeres Bedürfnis aufweisen, deshalb wird es angebracht sein, daß die Kollegen auch dort ein maßsames Auge haben, um den Polizeibeamten keine Handhabe zu geben, Anzeigen zu erlassen.“

Fensterputzer.

Sagen. Im Wal d. J. brachten die Fensterputzer in Gagen ihren Tarif durch. Jedoch schon jetzt ist von den zwei in Betracht kommenden Unternehmen einer tariflich bedingt geworden. Es ist dies die Firma Michels. Schon vor einigen Wochen sandten die Fensterputzer einen eingeschriebenen Brief, worin Michels aufgefordert wurde, die Arbeiter des Samstag abends nicht bis 10 oder 11 Uhr auf ihren verdienten Lohn warten zu lassen. Dieser Brief kam erst nach längerem Verharren an den Adressaten. Nun mußte der gute Herr nichts anderes zu tun als auf den Verband zu schreiben und zwar in einer Weise, welche so recht seinen Standpunkt kennzeichnet. Unter anderem äußerte er sich, „daß er keine Organismen mehr einstellen

wolle und wenn auch die Nichtorganisierten dem Verbande beitreten würden, flögen sie raus? Als nun der Sektionsleiter ihm darauf erklärte, daß sein Betrieb dann gelipert würde, sagte er ganz einfach: „Ihr könnt alle nichts machen, ich werde schon wissen, was ich mache“. Ferner erklärte er einem Kollegen, wenn wir die Sperrt über ihn verhängten, könnten wir noch etwas anderes erleben! Am 8. August, als wieder die Kollegen auf ihren Lohn bis 8 Uhr warten mußten, äußerte sich Herr Michels, er habe sie wegen des obengenannten Briefes extra warten lassen! Soffentlich werden diese Zeiten auch von den nichtorganisierten Kollegen beherzigt, sodas auch sie sich dem Verbande anschließen, dann wird auch dem Herrn Michels klar gemacht werden können, daß seine Bäume nicht in den Himmel wachsen. Im übrigen ersuchen wir, den Zugang von Fensterputzern nach Gagen fernzuhalten.“

Handelsarbeiter.

Kempen. Zum Salzerfreitag. Ueber den Streik der Käsegroßhändler im Aghän geht uns folgender Situationsbericht zu:

Die Käsegroßhändler in Kempen halten ihre Keller leer und suchen sich mit ihrem Personal und den christlichen Streikbrechern zu helfen. Der Arbeitgeberverband beschloß, unter Androhung einer Konventionalstrafe von 500 Mk. für den einzelnen Fall, daß keiner der Streikenden wieder angestellt werden darf. Sie schickten die schwarze Liste auch an die übrigen Orte des Aghän mit dem Eruchen, dort ebenfalls keinem der Streikenden Arbeit zu geben. Den Streikposten werden von den Behörden Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Als am Samstag ein Plakat angeschlagen werden sollte, in dem die Beurlaubung, die Arbeiter verlangen als Minimallohn 25 Mk. pro Woche (die Forderung der Arbeiter ist wesentlich beschwender) als grobe Unwahrheit bezeichnet wurde, meldete sich der Polizeikommissar, die Plakate abzutempeln; das Wort „grobe“ mußte schließlich gestrichen werden.“

In Memmingen ist die Lage günstig. Ein dortiger Käsegroßhändler scheint sehr nervös geworden zu sein, denn er gab am Mittwoch früh gegen 4 Uhr auf mehrere Streikposten von seinem Fenster aus fünf angeblich scharfe Schüsse aus einem Revolver ab! Er entschuldigte sich der Polizei gegenüber damit, daß er geglaubt habe, die Streikenden wollten gewaltsam in sein Geschäft einbringen. Gegen die Streikenden wurde von den Arbeitgebern wegen Nichteinhaltung der Rindlungsfrist vor dem Gewerbegericht eine Entschuldigungsfrage von 120 Mk. pro Mann unabhängig gemacht. Der Vorhabe des Gewerbegerichts hat beide Parteien vor das Gewerbegericht als Einigungsamt gelaben.“

Die Lage in Kaufbeuren ist unverändert. Hier hängt es von der Haltung der Christlichen ab, ob der Streik erfolgreich durchgeführt werden kann.“

In Utm haben kürzlich in den vorhandenen acht Betrieben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt, nachdem die Arbeitgeber es ablehnten, die Minimalfrage zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verlängern. Die Utm Arbeitgeber erklären undweg mit der Organisation nicht verhandeln zu wollen.“

Kempen. Die Streikbrecher behandelt werden, haben legt Zeugnis ab ein Brief, den uns ein günstiger Wind auf den Tisch wehte, und den die Kempenier Firma Schueber an einen Arbeiter geschrieben hat, von dem sie voraussetzte, daß er ehrlich genug sei, Streikbrecherdienste zu übernehmen. „Sie können bei mir“, heißt es in dem Briefe, „sogar Beschäftigung haben, weil die Käsefabrik morgen in den Ausland treten. Wenn Sie nicht bauernd im Limburger Keller bleiben wollten, wäre mir auch schon damit geblieben, wenn Sie einwilligen zur Aussichts die Arbeit bei mir aufnehmen. Ich würde Ihnen dann 15 Mark Lohn pro Woche und volle Beschäftigung geben, während Sie, wenn Sie dauern bei mir bleiben, später 18 Mk. Wochenlohn ohne Beschäftigung bekämen. Außerdem können Sie auch die ersten paar Wochen umsonst bei mir schlafen. Wenn Sie mir in dieser Weise ausbleiben, dann werde ich Ihnen später zur Erlangung einer Stelle als Seim gerne bereit sein, wenn ich Ihnen eine solche selbst nicht bieten kann. Ich mache Sie noch darauf aufmerksam, daß an der Bahn wie an meinem Geschäft Streikposten stehen, die Sie unbedingt abhalten, wenn Sie merken, daß Sie Arbeit suchen. Sagen Sie daher, Sie hätten Milch und vielen Käse an.“ Es ist wirklich interessant, mit welchem Raffinement hier der Köder nach einem — vermieten! — Streikbrecher ausgeworfen wird. Er wird vor den Streikposten gewarnt, eine Stelle als Seim wird ihm „später versprochen“. Die Hauptsache ist, daß er jetzt gleich kommt und Streikbrecherdienste leistet; dafür bekommt er — man lese den Brief genau! — während des Streiks 15 Mk. Wochenlohn und außerdem volle Beschäftigung und Schlafstätte. Ist aber der Streik vorbei, dann werden dem Streikbrecher 18 Mk. Wochenlohn ohne alles geboten. Und einen solchen Brief wagt die Firma Schueber einem christlichen Arbeiter ins Haus zu schicken. Wie müssen aber die, die sich wirklich so weit verloren und sich als Streikbrecher betragen, vor sich selbst erröten und vor sich selbst schämen, wenn sie hier lesen, was einem Streikbrecher während und was ihm nach dem Streik geboten wird. Der Brief der Firma Schueber wirkt aber auch ein Licht auf den „Tarif“, den die christlichen Streikbrecher in Kempen abgeschlossen haben. Da die Firma Schueber bei dauernder Arbeit 18 Mk. Wochenlohn bietet, läßt sich folgern, daß die christlichen Streikbrecher, die sich hinter ihren „Tarif“ verschauzen, lediglich zu den alten Bedingungen weiter arbeiten.“

Merkwürdig ist es, daß die Zentralleitung des christlichen Käse- und Transportarbeiterverbandes die Sprache ganz verloren hat. Trotz der Androhung, daß die hiesige Kempenier zur Verantwortung gezogen werde, arbeiten die Christlichen in Kempen, dem Hauptbunthe des Streikgebietes, weiter. Für die Freigabe dieses Verrates ist nicht nur die hiesige Kempen-

ten, sondern die christliche Zentralleitung verantwortlich. Diese scheint das selbst zu fühlen, denn sie schämt sich und schweigt.

Transportarbeiter.

Das „stille“ Berlin. „Berlin ist wohl ausgestorben“, in Berlin ist es nun still geworden“, solche und ähnliche Bemerkungen wird der Berliner während der Reisezeit häufig von Fremden hören. Gemüß verlassen viele tausende Berliner in den Sommermonaten die Reichshauptstadt; schon im Mai fängt die Reiseflut sich lebhaft zu regen an, im Juni flutet es von den Bahnhöfen in großen Zügen nach den Wäldern, im Juli schwillt der Strom riesenhaft an; im August beginnt die Zurückströmung. Leer wird Berlin trotz des Massenandranges nicht; die Fremden erscheinen in Berlin, und in den großen Verkehrsadern pulsiert das Leben nicht minder kräftig als sonst. Zahlen beweisen. Befördert wurden durch die Straßenbahnen im Juni 98 105 474 (96 666 811) Personen, davon kamen 80 742 651 (29 506 935) auf die Große Berliner Straßenbahn, durch die Hoch- und Untergrundbahnen (einschl. Spretunnelbahn) 3 419 023 (3 283 950), durch die Omnibuslinien mit Werbedetrieb 10 075 901 (10 654 916) Personen, davon zu 5 Wf. 8 676 890 (8 741 691), und zu 10 Wf. 1 408 201 (1 813 284) Personen. Ferner wurden durch die 4 (1) Kraftomnibuslinien 1 758 301 (664 778) Personen befördert. Die Zahl der in den hiesigen Hotels, Gasthöfen usw. abgeliessenen Fremden betrug im Juni 89 909 Personen, darunter befanden sich 20 646 (17 658) Ausländer, von diesen kamen 8228 (6655) aus Rußland, 2768 (2602) aus Oesterreich, 2800 (2012) aus Amerika, 1428 (1490) aus Schweden, 1186 (1171) aus Dänemark.

Der Juni brachte uns 464 öffentliche Versammlungen, davon wurden 180 polizeilich überwacht; eine wurde aufgelöst. Im Juni 1906 fanden nur 318 Versammlungen statt, 100 wurden polizeilich überwacht, 3 aufgelöst. Diese Zahlen zeigen klipp und klar, was es mit der vielfach verbreiteten Meinung, in Berlin sei es während der Reisezeit still, auf sich hat.

Berlin. Die Kollegen Schilderernmacher, die vor einiger Zeit noch in einem Kofalverein organisiert waren, wurden im Frühjahr dieses Jahres, nachdem ihre Kofalvereinigung nicht aufgelöst hatte und sie nun einen Anstoß an die Zentralorganisation suchten, laut Beschluß der Gewerkschaftskommission, an die sie sich zwecks Aufnahme gewandt hatten, unserer Organisation überwiesen. In Betracht kommen für Berlin annähernd 200 Kollegen, die in circa 80 Werkstellen beschäftigt sind. Auch bei diesen Kollegen machte sich der Drang bemerkbar, dem ausbeutungswilligen Unternehmertum eine gestiftete Organisation entgegen zu stellen, die in der Lage ist, einen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben. Was die Arbeitsverhältnisse betrifft, so verdient es hervorgehoben zu werden, daß dieselben ziemlich gefährbringend für die Kollegen sind. Sehr häufig kam man in den Straßen Berlins bemerken, in welcher geradezu halb-dreierlei Weise Firmenschilder von den Kollegen ohne jede Mühsung, nur auf Sechseckeln balancierten, zwei und drei Etagen hoch angebracht werden. Daß Unfallsfälle nicht in größerer Maße vorkommen, ist eigentlich zu bewundern. Doch sollte es unbedingt Aufgabe der beteiligten Arbeiter sein, halb-dreierlei Arbeiten ohne genügende Schutzrüstung nicht auszuführen.

Auf Grund einer aufgenommenen Statistik wurde über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse folgendes festgestellt: Die Arbeitszeit beträgt 9 und 10 Std. täglich, doch werden sehr häufig Ueberstunden, sowie Nachtarbeit verlangt, was der Beruf mit sich bringt, so daß dadurch, die durchschnittliche Arbeitszeit sich auf 11-12 Stunden täglich erhöht. Der Lohn, den die Kollegen beziehen, schwankt zwischen 48 und 75 Wf. die Stunde. Für Ueberstunden werden 10 pCt. für Nachtarbeit 50 und 100 pCt. Zuschlag gezahlt. Aus den gezahlten Löhnen geht hervor, daß sie ungenügend ungleich sind und die Kollegen allen Grund haben, hier reformierend einzuwirken.

Vor allem ist es aber notwendig, daß die Kollegen Schilderernmacher die Organisation in ihren Reihen mehr als bis bisher stärken und die Fernstenben umbedingt derselben zuführen. Des Weitern ist es notwendig, die Kollegialität und das solidarische Zusammenarbeiten mehr zu pflegen; denn Einigkeit macht stark! Durch geschlossenes Zusammenhalten bilden auch die Kollegen Schilderernmacher eine Macht, durch welche die Unternehmer gezwungen werden, Konzessionen zu machen. Darum, Ihr noch fernstehenden, an Euch sei die Aufforderung gerichtet, hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband.

Wiesfeld. Ueber das Spektionsgeschäft von Ferdinand Evers ist aus folgenden Gründen die Sperre verhängt worden: Jeden Donnerstags früh müssen die Frachter um 4 1/2 Uhr früh aufstehen, um sich mit ihrem Fuhrwerk dertat zu rüsten, daß sie um 5 1/2 bis 6 Uhr auf dem Sibabuhofe zur Abfuhr von fremdem Gemüße für holländische Großhändler anwesend sein können, so auch am Donnerstags, 1. August. Bis gegen 9 1/2 Uhr waren sie ununterbrochen tätig gewesen und wollten nun in der holländischen Wirtschaft an neuen Wochenmarkt frühstücken. Bevor sie aber dazu kamen, tranken sie ein Glas Bier, worüber der eine der Herren, van Wilsch, sehr entrüstet war. Dieser bemerkte, daß er ihnen ein für allemal das Vortreten einer Wirtschaft verbiete, so lange sie in seinen Diensten seien! Nachdem die Kutscher noch Enten abgeladen, Einzelbeeren gewogen hatten, erklärten sie, nunmehr frühstücken zu wollen, da dieses in Anbetracht der vorausgegangenen langen Arbeitszeit nötig sei. Nun verbot der Herr dem einen Arbeiter die weitere Tätigkeit und jagte zu dem anderen, nächstens passiere ihm solch Aufstehen nicht wieder, sonst werde er sich nach einem anderen Spektierer umsehen. Vier Arbeiter erklärten sich ob solcher Behandlung solidarisch, verließen den Wochenmarkt und begaben sich zum Spektionshof der Firma. Der Holländer hatte sich Ersatzkräfte besorgt und sich inzwischen mit Evers in Verbindung gesetzt, welchem er das Vorkommnis in einem für sich günstigen Lichte berichtet hatte, so daß sich Herr Evers zu einer Besprechung des Vorkommnisses trotz mehr-

fachem Ersuchen seiner Angehörigen nicht herbeiliess. Als die Ortsverwaltung des Transportarbeiterverbandes bei ihm vorstellig wurde, verbot er sich hinter der Behauptung, daß der Arbeitswille Vorkommnis, am Festhaltung vonsoßhaft, mit den fünf holländischen nicht zusammenarbeiten wolle, falls dieser sich umstimmen lasse, könne man über die Wiederanstellung der zu Recht Entlassenen reden. Als Arbeitswille jungieren der Gelegenheitsarbeiter Meherjohann, Oststraße 1b, ein Wismann am Halkeweg, und außer dem schon genannten Vorkommnis noch zwei dieser nützlichen Stützen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, deren Namen uns nicht näher bekannt sind.

Vor dem hiesigen Gewerbegericht kam die Angelegenheit am 7. August zur folgenden Verhandlung: Der Arbeiter M. und drei Genossen klagen gegen den Spektierer Evers wegen kündigungslöser Entlassung auf Zahlung der limitierten Entschädigung von je 15 Mf. Der dieser Klage zugrunde liegende Sachverhalt ist der folgende: Die Firma Evers stellt zu den Markttagen einem holländischen Gemüsehändler Arbeiter und Fuhrwerk. Die betreffenden Personen sind an diesen Tagen schon um 5 Uhr morgens an der Arbeit. So auch am 1. d. Mts. Als die beiden Arbeiter gegen 9 1/2 Uhr morgens noch keine Zeit gefunden hatten, ihr Frühstück zu verzehren, gingen sie in eine in der Nähe des Marktplatzes gelegene Wirtschaft, um ein Glas Bier dabei zu trinken. Bei ihrer Rückkunft zum Plage wurden sie von dem Gemüsehändler grob angefahren und in dem dann entstehenden Wortwechsel ihnen das Weiterarbeiten unterlagt. Der Händler bestellte durch Entschädigung einen dritten Arbeiter von der Firma, welcher sich jedoch nach Mitteilung des Sachverhalts mit seinen Kollegen solidarisch erklärte. Später hat sich dann noch ein vierter Arbeiter angeschlossen. Ein Versuch der Kläger, den Geschäftsinhaber zu sprechen, scheiterte, und nach der Geschäftsruhe wurden ihnen Entschädigungspapiere und Lohn ausgeschrieben. Der Beklagte behauptet, nicht die Pflicht gehabt zu haben, die Kläger zu entlassen, da aber eine Arbeitsverweigerung vorlag, habe er die Papiere fertigstellen lassen. Da bei der ganzen Sache manches nicht geklärt werden konnte, so namentlich nicht die Vorgänge zwischen 9 1/2 Uhr morgens bis nach Beendigung der Mittagspause, empfahl das Gericht bringend einen Vergleich. Dieser kam dann auch auf der Grundlage zustande, daß jeder der Kläger 7,50 Mf. erhält. — Die Sperre bleibt bestehen.

Frankfurt a. M. Streik der Milchfahrer in der Molkerei von Alex. Schloß. Am 7. August legten alle in obigem Betriebe beschäftigten 16 Kollegen einmütig die Arbeit nieder, nachdem die an den vorhergehenden Tagen mit der Firma gepflogenen Verhandlungen resultatlos verlaufen waren. Als alle Bemühungen, unsere Forderungen auf friedlichem Wege zur Anerkennung zu bringen, scheiterten, traten die Kollegen in den Streik. Und warum? Weil sie bei einer ununterbrochenen 10stündigen Arbeitszeit, Sonntags ebenfalls 8 Stunden, ganze 16 Mf. Lohn pro Woche erhielten. Daß es bei einem solchen Lohn und bei den frankfurter Verhältnissen unmöglich ist, mit Familie anständig und ehrlich durchs Leben zu kommen, das mußte selbst der Unternehmer bei den Verhandlungen zugeben. Trogbem blieb er hartnäckig auf seinem Standpunkte: „In meinem Betriebe laß ich mir von fremden Leuten nicht dreinreden, die Löhne bestimme ich. Und wenn es zum Streik kommt, dann werden 20 Automobile bestellt und die Kundschaft wird doch bedient. Keiner von den Streikenden wird wieder eingestellt.“ Das war die Meinung des Unternehmers abends vor der Arbeitsniederlegung. Als die Kollegen dieses Resultat entgegennahmen, gab es kein Halten mehr. Einmütig wurde beschlossen, hierauf eine kräftige Antwort zu geben. Als nun am andern Morgen der Unternehmer wahrnehmen mußte, daß in der Nacht die Milch nicht von der Bahn geholt und die sonst so dienstbaren Helfer fortgeblieben waren, hat er sich doch bald eines Besseren besonnen.

Um 4 Uhr morgens wurden die ersten Streikposten abgestellt und um 6 Uhr bereits hat uns der Unternehmer, mit ihm nochmals zu verhandeln, er wolle uns gern entgegen kommen. Wir hielten mit den Streikenden zunächst nochmals eine Versammlung ab und um 7 1/2 Uhr morgens wurden unsere sämtlichen Forderungen unter schriftlich anerkannt. Nach 2stündigem Streik schlossen wir auf ein Jahr einen Tarif mit der Firma ab, wonach der Lohn sofort auf 18.— Mf. pro Woche steigt und die Arbeitszeit durch eine einstündige Mittagspause unterbrochen wird. In zwei Fällen wurde bereits 18.— Mf. gezahlt. Diese Kollegen erhalten eine sofortige Zulage von 2.— Mf. Ueberstunden werden mit 30 Wf. pro Stunde vergütet und ebenso wird dasholen der Milch von der Bahn extra mit 2 Mf. pro Mann bezahlt. Maßregelungen aus Anlaß der Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden, auch werden Abzüge für die Kranken- und Invaliden-Versicherung vom Lohn nicht gemacht.

Wenn nun auch die erringene Lohnerböschung noch keineswegs als ausreichend bezeichnet werden kann, so haben doch die Kollegen gesehen, daß man durch festen Zusammenhalt in der Lage ist, nicht auf die Gnade des Arbeitgebers angewiesen zu sein. Eine Lohnerhöhung von 3,00 Mf. pro Mann ist als ein schöner Erfolg zu bezeichnen und hoffen wir, daß die Kollegen ihr gegebenes Versprechen, Mitglieder des Verbandes zu bleiben, halten, damit bei späterer Gelegenheit weitere Erfolge erzielt werden können.

Die Kollegen in den anderen Milchgeschäften kommen hoffentlich auch zu der Einsicht, daß der Anschluß an ihre Organisation auch bei ihnen zur Nothwendigkeit geworden ist.

Freiburg. Von einem Herrn H. Künzli, Gewinstr. 35, erhalten wir unter Hinweis auf den § 11 des Preßgesetzes ein Schreiben, welches eine Verichtigung vorstellen soll. Bezugsnehmend auf den in Nr. 18 unseres Courier unter „Freiburg“ erschienenen Artikel schreibt der betreffende Herr unter anderem: „Es ist nicht wahr, daß christlich organisierte Führer der Spektionsfirma Gebr. Mengler hier das Ansehen an die Firma stellten, um Wiedereinführung der dierzchztägigen Lohnzahlung.“

Sinzu fügt er noch, daß seit längerer Zeit von den Arbeitern jenes Betriebes kein einziger christlich organisiert ist.

Wir bringen diese Zuschrift, um unseren Kollegen zu zeigen, welche Wege die Brüder in Christo einschlagen, um sich von ihren begangenen Sünden rein zu waschen.

Die Betauerung, daß seit längerer Zeit kein christlich organisierter Arbeiter im genannten Betriebe in Arbeit steht, beweist uns aufs neue, daß die Christlichen ihre Nase in Angelegenheiten stecken, die sie nicht das Geringste angehen.

Osnabrück. Endlich scheint auch in den Köpfen unserer Kollegen zu dünnern. Was jahrelange intensive Agitation nicht vermochte, scheinen jetzt die Unternehmer in der erfreulichsten Weise für uns zu befragen. Es ist aber auch an der Zeit, mit unseren Herren Arbeitgebern bald mal ein kräftiges Wörtchen zu reden. Sind doch die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen solch traurige, daß man sich eigentlich wundern muß darüber, daß dieselben so schwer den Weg zur Organisation finden. Wenn man bedenkt, daß z. B. die Kutscher Arbeitszeiten bis zu 18 Stunden und darüber haben, daß die Löhne einfach miserabel sind, erlaubt man über die Gleichgültigkeit unserer Kollegen. Ist es doch Tatsache, daß bei einer hiesigen Firma, die Kutscher nach ihrer schweren Arbeit, mit 4 Mann zusammen in einem Bett schlafen müssen, ja es passiert sogar öfter, daß die Kollegen wegen Ueberfüllung der Betten in Droschken ihr Nachtlager ausschlagen müssen. Auch läßt die Reinigung der Bettwäsche sehr viel zu wünschen übrig, so wird z. B. in einem Fuhrgeschäfte nur alle Monate dieselbe gewechselt, nun werden die Betten aber jede Nacht von anderen Kutschern benutzt, was gewiß sehr viel zur Förderung der Gesundheit beiträgt. Wir haben in den letzten Jahren verjucht die Kollegen darüber aufzuklären, was sie zu tun haben, wenn diese infandablen Zustände beständig werden sollten, leider immer mit negativem Erfolg. Anstatt daß die Kutscher, Hausbesitzer und die übrigen Berufsgenossen die Versammlungen besuchten und sich dort Botschaften holten, gingen sie in Wirtschaften, schimpften dort weidlich über ihre schlechten Löhne und lange Arbeitszeit zc. und suchten sich durch übermäßigen Genuß von Bier und Schnaps, über ihre traurige Lage hinwegzudulden. Erfreulichweise scheint das jetzt anders zu werden, die Kollegen sehen ein, daß mit Konsumieren allein noch nichts zur Verbesserung ihrer Lage getan ist. Es ist aber auch an der Zeit, endlich die Rubelmitthe von den Ohren zu ziehen und den Osnabrücker Unternehmern zu zeigen, daß wir gewillt sind, unsere Menschenrechte zu verteidigen. Vor allem dürfen die Kollegen auf dem einmal eingeschlagenen Wege nicht wieder einhalten, sondern treten und fest zur Organisation halten, und vor allen Dingen muß jeder Kollege ein tüchtiger Agitator und bestrebt sein, auch den letzten Mann für den Verband zu gewinnen. Nur dann sind wir in der Lage, uns menschenwürdige Zustände in unserem Arbeitsverhältnis erkämpfen zu können. Den uns noch fernstehenden Kollegen aber rufen wir zu: zeigt daß Ihr Männer seid und keine Weimnen, schließt Euch Mann für Mann dem Deutschen Transportarbeiter-Verband an. Denn nur Einigkeit macht stark.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die Ortsverwaltung II hielt am 12. August ihre ordentliche Generalversammlung für das 2. Quartal im Gewerkschaftshaus ab. Die äußerst stark besuchte Versammlung nahm vor Eintritt in die Tagesordnung zunächst einige geschäftliche Mitteilungen durch den Bevollmächtigten entgegen. Derselbe gab dann die Namen der im Laufe des 2. Quartals verstorbenen Kollegen bekannt: Wlf. Kniebel, W. Porzius, Gust. Weter, Karl Stüber, Wilhelm Klinger, Clemens Knefel, Karl Schulz, Jul. Selett, Max Verde, Albert Großfeld, Rich. Ziemann, Carl Posthader, Aug. Käutig, Frau Liebertau, Ed. Boy und Karl Hönisch. Die Anwesenden ehrten das Andenken der Verstorbenen in üblicher Weise. Hierauf erläuterte der Kassierer P. Steinke nachstehenden Kassenericht, welcher den Anwesenden verbiefstigtig vorlag.

Table with financial data: Kassenbericht per 2. Quartal 1907. Includes columns for Einnahme (Staffenbestand, Neuaufnahmen, etc.) and Ausgabe (Unterstützung an Zugereiste, etc.). Total summa: 116 517,50 Mf.

Gesamtbereich der Transportarbeiter	66,— M.
Verlins u. Umg.	60,70 "
Arbeitsnachweis Nordost	579,25 "
Bureau-Werte	51,53 "
Redaktion	165,99 "
Zeitung Januar-Mai 1907	108,10 "
Rechnung	196,45 "
Reinansparungen in Kleinrenten	4 059,34 "
Büro	159,40 "
Umzugskosten und Diverse	130,55 "
Sonstige Ablieferung	59 074,85 "
Rassendefand am 1. Juli 1907	31 673,04 "
Summa	116 517,50 M.

Bilanz:	
Einnahme inkl. Rassendefand	116 517,50 M.
Ausgabe	84 844,46 "
Rassendefand 1. Juli 1907	31 673,04 M.

Verlin, den 29. Juli 1907.
 Paul Steinicke, Kassierer.
 Ernst Förster, Paul Marggraf, Max Brall.

Die Revisionen:
 Eine Diskussion über diesen Bericht wurde nicht bestritten. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit des Berichtes bestätigt hatten, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung lag den Verammelten ein Antrag der Bezirksleiter und Verkehrsleiter vor. Der Antrag verlangt, daß die Generalversammlung beschließen wolle, daß die Verwaltung eine Urabstimmung über die Frage der Beitragserhöhung unter den Mitgliedern vornehmen möge, und zwar beseitigt, daß die Abstimmung an einem Sonntag Vormittag in bestimmten Lokalen der verschiedenen Stadteile vorgenommen wird. Zu diesem Antrag bemerkt Werner: Wie die Anwesenden aus dem vorlesenen Protokoll vernommen haben, hat die letzte Generalversammlung durch ihren unruhigen Verlauf kein klares Bild bezüglich der Abstimmung über den Antrag der Beitragserhöhung gegeben; die Ortsverwaltung unter Zustimmung der Bezirksleiter und Verkehrsleiter unterbreitet Ihnen daher den vorliegenden Antrag, welche Körperschaften sich darüber einig, daß eine Generalversammlung über eine so wichtige und weitgehende Frage (der Beitragserhöhung) keine klare Abstimmung schaffen kann, es liege im Interesse der Mitglieder, wenn ihnen Gelegenheit gegeben wird, daß sie sich in der Gesamtheit an der Abstimmung hierüber beteiligen können.

Werner weist dann nochmals in kurzen Zügen auf die Notwendigkeit der Beitragserhöhung hin und bittet um Annahme des vorliegenden Antrages. In der nun folgenden Diskussion erklären sich die Kollegen Steinicke, Krenke, Weick, Saunemann, Dannehl und Witzlitz für die Annahme des Antrages, während Frau Hoffmann, Zeinzer und Gröger sich dagegen erklären. Die sodann vorgenommene Abstimmung ergibt, daß der vorgelegte Antrag bezüglich Urabstimmung mit überlegter Majorität angenommen wird.

Werner gibt sodann noch bekannt, daß über den Tag und die Lokale, in welchen die Abstimmung erfolgen soll, noch nähere Bekanntmachung erfolgen wird. Auf Antrag der Verwaltung beschließt sodann die Versammlung, dem Hauptvorstand den Ausschluß der beiden Mitglieder G. Bentert, Nr. 11 485, und Bernhard Weidert, Nr. 27 513, aus dem Verbande anzupfehlen. Förster hat Streikbruch beim Streik der Ledergerillbauer begangen, letzterer ist als Präsektur bei der Firma Hoch in der Frankfurterstraße beschäftigt, er hat seinen Mitarbeiter, den Kollegen Zietzen, beim Arbeitgeber denunziert, der Vertrauensmann des Verbandes sei und als solcher den übrigen Mitgliedern keine Hilfe leiste, sondern dieselben zur Organisation anhalte, und von uneintretenden Kandidaten verlange, daß sie nicht unter dem allgemein höchsten Lohn von 27 Mk. arbeiten sollen. Kollege Zietzen, der bereits über 4 Jahre im Betriebe tätig war, sei daraufhin entlassen worden, und an dessen Stelle hat Weidert seinen Bruder, welcher Löhngeldverleiher ist, angebracht, der dann zu einem billigeren Lohne, wie Zietzen erhielt, zu arbeiten anfing. Frau Zahn und Frau Hoffmann brachten dann noch eine Beschwerde gegen die Verwaltung zur Sprache, welche die Zeitungsfrauen betrifft und ihre Ursache in der stattgefundenen Lohnbewegung der Zeitungsfrauen beim „Vorwärts“ hat. Die beiden Kolleginnen glauben Grund zu haben, sich darüber zu beschweren, daß die Verwaltung die Interessen der Kolleginnen bei der Lohnbewegung der Firma Hinz u. Co. nicht genügend wahrgenommen habe.

Kollege Meier stellt demgegenüber fest, daß sich Frau Zahn und Frau Hoffmann mit dieser hier vorgebrachten Angelegenheit bei ihren Kolleginnen in der Minderheit befinden. Die übergroße Mehrheit der Austrägerinnen beim „Vorwärts“ sei mit der Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie durch den Schiedsgericht Ausschusses der Verf. Gewerkschaftskommission festgestellt wurden, einverstanden. Im übrigen habe sich die Verwaltung bereits in einer Sitzung mit dieser Sache beschäftigt; mit dem Bescheide derselben seien Frau Zahn und Frau Hoffmann nicht einverstanden gewesen und hätten Beschwerde gegen die Verwaltung beim Hauptvorstand erhoben. Die Untersuchung dieser Beschwerde sei noch nicht gänzlich erledigt, und da hätten beide Beschwerde-führerinnen heute hier unklar gehandelt, sie müßten den Bescheid des Hauptvorstandes unbedingt erst abwarten. Schumann untersucht die Ausführungen Meiers und erklärt, daß der Hauptvorstand die Beschwerde zurzeit noch eingehend prüfe, und wenn er

finde, daß die Beschwerde auf richtiger Grundlage beruhe, er seine Entscheidung auch im richtigen Sinne treffen werde. Die Versammlung betrachtet die Angelegenheit damit für erledigt.

Verlin. Die Handelshilfsarbeiter aus den Berliner Warenhäusern hielten am Montag, den 12. August, im großen Saale des Englischen Gartens eine überfüllte, vom deutschen Transportarbeiter-Verband einberufene Versammlung ab. Der Referent Bernhard, Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle I (W. B. G.) sprach über: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hausdiener aus den Berliner Kauf- und Warenhäusern und müssen die zurzeit bestehenden Tarife gekündigt werden.“ In seinen Ausführungen teilte er mit, daß die durch die Sektionsleitung der Warenhäuser vorgenommenen Erhebungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Berliner Warenhäusern ein Bild sozialen Rückstandes ergeben hätten. Es sei daher unbedenklich, wie in der im März in Leipzig stattgefundenen Generalversammlung der Warenhäuserbesitzer der Referent über die sozialen Einrichtungen und Aufgaben der Warenhäuser berichtet konnte, daß in einem Teil der größten Geschäfte eine Arbeitszeit von 9 1/2—9 1/4 Stunden für die Handelshilfsarbeiter bestände. Die Feststellungen haben aber ergeben, daß die Arbeitszeit inkl. der Pausen 12 bis 14 Stunden pro Tag dauere. Wenn ferner noch hinzugegerechnet werden muß, daß bei allen Saisonverkäufen sowie außergewöhnlichen Verkaufstagen, die nebenbei in den Berliner Warenhäusern nicht ausfallen, die Handelshilfsarbeiter über die Mittagszeit im Laufe oder auf der Tour bleiben müssen, andererseits gerade in diesen Häusern das Ueberstundenlohn so ausgedehnt wird wie nirgend wo anders, dann kann man es sehr gut glauben, wie einzelne Disziplinsredner ausführen, daß sie wegen der unmenssich langen Arbeitszeit ihre Familie, ihre Kinder erst höchstens des Sonntags nachmittags zu sehen bekommen. Daß die Schaffner sowie Diener, welche die Berliner Vororte bestellen, ganz besonders lange Arbeitszeiten haben, ist genügend bekannt, nur der Berliner Schutzmannschaft und deren auf Posten stehenden Organen nicht. Trifft man doch gar zu oft die Diener und Schaffner mit ihren Wagen in der 10. Stunde in ganz entlegenen Gegenden an, es kann daher von einem Decumvir-Lohnschuß keine Rede sein. Fast täglich treffen daher erst gegen Mitternacht die einzelnen Angestellten wieder in Berlin ein.

Die Erhebungen, welche sich auf 26 Geschäfte erstreckten, ergaben, daß in diesen insgesamt 2618 Handelshilfsarbeiter beschäftigt waren. Von diesen fand 2028 Hausdiener, Radfahrer und Portiers, 180 Fräuleinfrühler und 450 jugendliche Laufburden. Der Zahl der Beschäftigten nach teilen sich die 26 Häuser in drei Gruppen. Bis 10 Handelshilfsarbeiter beschäftigten 8, von 10—50 mit einer Gesamtzahl von 236 beschäftigten 18, und mehr als 50 mit einer Gesamtzahl von 2317 beschäftigten 10 Geschäftshäuser. Die Arbeitszeit verteilt sich wie folgt:

Stunden arbeiten	217 Handelshilfsarb.
12 1/4	855
12 1/2	854
12 3/4	687
13	216
13 1/4	488
13 1/2	41
13 3/4	85
14	25

Eine Regelung der Dauer der Pausen soll vorhanden sein, 2 Stunden Mittagspause in 21 Betrieben, 1 1/2 Stunden in 6 Betrieben, die aber nicht pünktlich innegehalten werden durch das Fallen und Drängen einmal, andermal durch die oben bereits angeführten Zustände. In 19 Betrieben sind 1/4 Frühlück- und Vesperpause festgelegt, in 6 Betrieben 18—20 Minuten, und nur in einem Betriebe sind 1/4 Stunde Frühlück-, 1/4 Stunde Vesper- und 1/4 Stunde Abendbrotpause angegeben.

Die Sonntagsgarbei zerfällt in zwei Arten (Wachdienst resp. gewöhnliches Arbeitspensum). Für 4 Betriebe ist nur Wachdienst von 4 1/2 Stunden Vormittags oder Nachmittags vorhanden, wofür 1 Mk. Vergütung gezahlt wird. In 8 Betrieben sind 4 1/2 Stunden Vormittags- und 6 Stunden Nachmittags-Wachdienst zu verrichten, dafür erhält der Diener an einem Wochentage 1/2 Tag frei. Da keine Entschädigung gezahlt wird, hat der Unternehmer seinen Profit (unbezahlte Sonntagswache und am Wochentage müssen die anderen Diener die Arbeit beider mit verrichten).

In 6 Betrieben wird keine Entschädigung für Sonntagsgarbei (Arbeitspensum) gezahlt, in 7 Betrieben muß abwechselnd 4 1/2 Stunden resp. in dringenden Fällen alles arbeiten. Rein Sonntagsgarbei besteht in 6 Betrieben.

Betrachten wir diese Arbeitszeit in den Warenhäusern, in denen doch auf Grund ihrer eigentlichen Existenzbedingungen der soziale Fortschritt zu Hause sein soll, gegenüber der Arbeitszeit des größten Teils der übrigen Berliner Arbeitererschaft, so fällt der Vergleich sehr zu Ungunsten der Warenhäuser aus.

Wenn nun schon die Länge der Arbeitszeit auf jeden Arbeitsuchenden abdrückend wirken könnte, so erit recht die hierfür gezahlten Löhne. Hier zeigt sich die den Warenhäuserbesitzern innewohnende kaufmännische Intelligenz, indem sie zum Ausgleich für die lange Arbeitszeit niedrige Löhne zahlen.

Allen voran marschiert die Firma Hermann Gerson, Hoflieferant verschiedenster allerhöchsten Herrschaften. Die Firma beschäftigt in ihren beiden Häusern ungefähr 170 Handelshilfsarbeiter und zahlt denselben einen in Berlin einzig dastehenden Anfangslohn von 85 Mk. pro Monat. Der Höchstlohn wird erreicht mit 120 Mk., doch muß mindestens ein ganzes Menschenalter in den Betrieben schon absolviert werden, bevor jemand in den Besitz dieses Höchstlohnes gelangt. Es kann daher gar niemand Wunder nehmen, wenn nur sehr wenige in der gewiss zweifelhaften glücklichen Lage sind. Sollte sich hier die doch gewiss sehr gut zahlende Hundstafel dieser Hoflieferantenfirma nicht bei späteren Einkünften eines besseren belehren lassen und lieber dort ihre Bedürfnisse decken, wo nicht derartige, zum Stehlen anreizende Löhne gezahlt werden?

Gleichen Schritt mit Gerson halten Graff & Geym, Charlottenburg, Joseph & Co., Kirchof, Hermann Engel, Landsbergerstr. 87/88, ferner Hinz & Co. Die Hausdiener der letzten Firma sind umso mehr zu bedauern, da das Kaufhaus Hinz & Co., Königsstr., in den Besitz der Firma Heinrich Jordan, Markgrafstr., übergegangen ist. Diese Firma steht aber bei den Berliner Hausdienern in dem übelsten Geruch, trotz der so stark hervortretenden christlichen Anschauungen des Inhabers. Die Verhältnisse im Kaufhaus des Westens haben in letzter Zeit wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt.

Durch die neueste Erscheinung, Einstellung vieler jugendlicher Burichen mit 9,50 Wochenlohn, steigend bis 16,50 Mk., hat man den Bestand älterer erfahrener Bader, Etageendiener vernachlässigt, wodurch eine Verlastung für die einzelnen beim Reinigen der Räume zc. eingetreten ist.

Somit sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die eingearbeiteten älteren Kollegen im allgemeinen schlechter geworden.

Die soviel gepriesenen sonstigen Vergünstigungen: Urlaub, Entschädigungen in Krankheitsfällen, bei militärischen Übungen zc. sind ebenfalls in der Praxis anders ausgefallen wie sie auf dem Papier standen resp. im Munde geführt wurden.

Mit dem Transportarbeiterverbande abgeschlossen Tarife bestehen zurzeit bei den Firmen A. Jandorf & Co. sowie der durch Zieg angekauften Firma Max Mannheim. Diese Tarife laufen in diesem Herbst ab. Ein weiteres Abkommen ist mal bei Zieg angedacht der Firma sowie einer Kommission der Hausdiener abgeschlossen worden, da die in Betracht kommenden Organisationen wegen der allzu niedrigen Löhne dem Abschluß ihre Zustimmung verweigern mußten. Da nun die Hausdiener durch die Beeinträchtigung der Geschäftslagen sehr geschwächt haben, kann auch hier eine Instanz zur Sicherung und Aufrechterhaltung der getroffenen Abmachungen seitens der Hausdiener kaum vorhanden sein.

Nach einer lebhaften Diskussion, in der sich alle Redner den Ausführungen des Referenten anschlossen und bei der auch die anwesenden Vertreter der in Berlin leider noch bestehenden Sozialorganisationen erklärten, einen eotl. Streik ihrer Mitglieder sofort mitzumachen, wurde ein Antrag angenommen, in dem der Deutsche Transportarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle I (W. B. G.) beauftragt wurde, alle zurzeit in den Berliner Warenhäusern bestehenden Tarife zu kündigen und in allerdrängster Zeit in einer weiteren Versammlung den in Betracht kommenden Hausdienern einen neuausgearbeiteten Tarif vorzulegen, der dann den Warenhäusern unterbreitet werden soll.

Einstimmig wurde dann folgende Resolution gefaßt: Die heute im Engl. Garten tagende Generalversammlung der Hausdiener aus den Berliner Warenhäusern erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und beauftragt den Deutschen Transportarbeiterverband, Verwaltung I, zum 1. Oktober d. J. allen Berliner Warenhäusern einen einheitlichen Gehaltstarif zur Annahme zu empfehlen. Unter Berücksichtigung, daß die gegenwärtige Dauer der Arbeitszeit der Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe eine die Gesundheit und das Familienleben schwer schädigende ist, fordert die Versammlung eine Arbeitszeit von 10 Std., sowie regelmäßige Pausen, mit einer Mittagszeit von 2 Std., einheitliche Durchführung des 8 Uhr Abend- und Arbeitschlusses, sowie Verbot der Vermeidung jugendlicher Arbeiter unter 21 Jahren als Dreiradfahrer.

Die Versammlung erwartet ferner, daß in allerdrängster Zeit die Berliner Gewerkschaftskommission die Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften auffordert, ihre Einkünfte bis spätestens 1/8 Uhr abends zu besorgen, da gerade durch das Kaufen nach 1/8 durch Angehörige des Arbeiterstandes den Firmeninhabern eine Waffe zur Verhinderung des Achtuhrabenschlusses sowie der Verkürzung der Arbeitszeit der Handelshilfsarbeiter gegeben ist.

Berlin IV. Am Donnerstag, den 15. August, abends 9 Uhr, fand im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, die Mitgliederversammlung des Vereins der Droschkenführer Berlins und Umgegend, Mittelschicht IV des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, für das 2. Quartal 1907 statt.

Dieselbe wurde um 10 Uhr eröffnet. Nachdem der Protokollführer das Protokoll der letzten Versammlung vorlesen und dasselbe für richtig befunden wurde, gedachte der Vorsitzende der im letzten Quartal verstorbenen Mitglieder Wais, Frau, Malwold, Müßiger, Linde, Weidert, Lehmann, Madde, Weder und Kufs.

Hierauf gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht für das 2. Quartal 1907. Denselben war folgendes zu entnehmen:

Das 2. Quartal hatte noch unter dem Streik der Automobilführer zu leiden. Wie aus dem Kassensbericht zu ersehen ist, wurden noch 937,50 Mk. für Genussscheinunterstützung gezahlt. Um die Kosten, welche die Aussperrung der Ortsverwaltung verursacht hat, zu decken, haben die Automobilführer beschlossen, wöchentlich 10 Pf. mehr zu zahlen, welches der Ortsverwaltung zugute kommt.

Die Tätigkeit im Bureau erstreckte sich auf folgende: Es wurden 399 Schriftstücke angefertigt, welche Straf-, Privat-, Steuer- und Unfallfällen betrafen. Die Korrespondenz in Briefen und Karten belief sich auf 1124.

Versammlungen fanden 12 Mal, Vorstandssitzungen 7, Bezirksbesprechungen 17, außerdem diverse Hofbesprechungen. Der freie Rechtschorsch wurde in 36 Fällen gewährt. Die Mitgliederzahl betrug Ende des 1. Quartals 3397. Neu aufgenommen wurden 137, ausgeschieden resp. gestrichen wurden 196, so daß am Ende des 2. Quartals ein Mitgliederbestand von 3355 verblieb.

An Unterstützungen von der Hauptkasse wurden gezahlt:

